



17 ZIELE FÜR EINE GLOBAL NACHHALTIGE KOMMUNE

AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

SDG 1: ARMUT IN JEDER FORM UND ÜBERALL BEENDEN



Im Jahr 2030 soll Armut in all ihren Ausprägungen beendet sein. Niemand soll mehr in extremer Armut leben müssen. Insbesondere gefährdeten oder verletzlichen Personengruppen soll ein Weg aus der Armut ermöglicht werden. Das Unterziel 1.2 ist für Deutschland bedeutsam: Bis 2030 den Anteil der Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die in Armut nach der deutschen Definition leben, mindestens um die Hälfte zu senken.

STRATEGISCHE ARMUTSBEKÄMPFUNG IN GELSENKIRCHEN

➔ **UM WAS GEHT ES?**

Die Ruhrgebietsstadt Gelsenkirchen gehört zu den Städten in Deutschland, in der anteilig die meisten Kinder mit Sozialleistungsbezug leben. Die Stadt hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Teilhabechancen dieser Kinder zu verbessern, um die Armutsspirale aus mangelnder Bildung, Arbeitslosigkeit und Bezug von Sozialleistungen zu durchbrechen.

➔ **WAS WURDE GEMACHT?**

Schon 1997 hat sich der Rat der Stadt Gelsenkirchen einstimmig für die Agenda 21 und ein Jahr später für die Einrichtung der Zukunftswerkstatt „aGenda 21“ entschlossen. 2016 hat die Stadt die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas unterzeichnet.

➔ **WIE WURDE ES UMGESETZT?**

Damit Kinder gut aufwachsen können, werden sie von der Geburt bis zum Übergang in den Beruf begleitet, indem Präventionsketten, Netzwerke und Strukturen für nachhaltige Bildung aufgebaut werden. Es gibt Beratungsangebote und -netzwerke für Eltern und Kinder und zahlreiche Angebote in außerschulischen Lernorten – zum Beispiel im Rahmen eines VHS-Programms.

➔ **WIE GEHT ES WEITER?**

Gelsenkirchen wird im Rahmen des Programms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung „Zukunftsstadt 2030+“ Ideen für eine ganzheitliche Entwicklung der Kommune entwickeln. Dabei sollen bislang existierende Bildungs- und Partizipationsmaßnahmen zu einem „Netz der Netzwerke“ ausgebaut werden, um allen Kindern bessere Teilhabechancen zu ermöglichen.



Stadt Gelsenkirchen

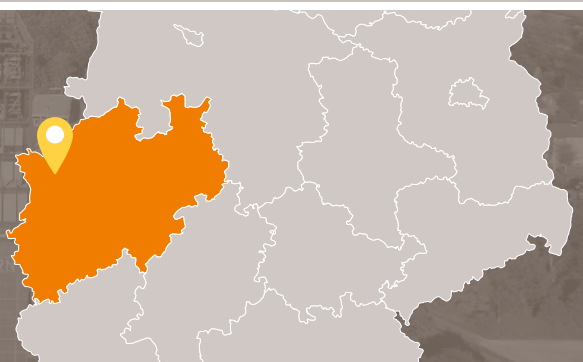
➔ **Nordrhein-Westfalen**



Einwohnerzahl:
260.000



Oberbürgermeister:
Frank Baranowski





BILDUNG GEGEN KINDERARMUT

In Deutschland, einem der wohlhabendsten Länder der Welt, leben 12,9 Millionen Menschen in Armut oder sind von Armut bedroht. Nach der Definition der Weltbank gilt als extrem arm, wer weniger als 1,90 US-Dollar am Tag zur Verfügung hat. In wohlhabenden Staaten wird Armut in Relation zum jeweiligen Wohlfahrtsniveau gesehen. In Deutschland gilt als relativ arm, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren gesellschaftlichen Einkommens verfügt. Besonders betroffen von relativer Armut sind Erwerbslose, Familien mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Kinder. Die Ruhrgebietsstadt Gelsenkirchen weist hohe Arbeitslosigkeit auf und gehört zu den Städten in Deutschland, in denen anteilig die meisten Kinder mit Sozialleistungsbezug leben. Das Wohl der Kinder im Blick, stellt sich die Stadt – trotz leerer Kassen – der Armutsproblematik entschlossen entgegen.

„Die Erfahrung hat gezeigt, wie wichtig es ist, möglichst früh mit der Förderung der Kinder zu beginnen“, erzählt die Dezernentin für Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Integration der Stadt Gelsenkirchen, Annette Berg. „Die Kinder werden von der Geburt bis zum Übergang in den Beruf begleitet, indem wir Präventionsketten, Netzwerke und Strukturen für nachhaltige Bildung aufbauen.“ Das beginnt mit den Begrüßungshausbesuchen bei jeder Familie mit einem Neugeborenen in Gelsenkirchen. Die Kette reicht mit Beratungsangeboten für Eltern, Sprach- und Sportförderung für die Kleinen bis hin zu Unterstützung in Erziehungsfragen und Kinderbetreuungs-Angeboten. „Die verschiedenen Akteure müssen eine Verantwortungsgemeinschaft bilden, um ein gutes Aufwachsen der Kinder zu ermöglichen“, so Berg. Die Aktivitäten sind in das Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen“, in dem Gelsenkirchen Modellkommune ist, eingebunden. „Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder“, betont Annette Berg. Deshalb gibt es auch ein Sozialmonitoring, in dessen Rahmen Stadträume analysiert und Teilhabechancen der dort lebenden Kinder bewertet werden.

2016 hat die Stadt mit einem Beschluss im Stadtrat die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas unterzeichnet. Damit bekennt sich die Stadt zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Hier kann



Die Stadt Gelsenkirchen will Chancengleichheit für alle Kinder schaffen.
(Foto: aGenda21-Büro Gelsenkirchen)

an die Erfahrungen angeknüpft werden, die die Stadt mit der Umsetzung der Agenda 21 gemacht hat. Werner Rybarski leitet das „aGenda-21“-Büro der Stadt Gelsenkirchen, die Organisations- und Informationszentrale, in der die Fäden zusammenlaufen. Bildung für nachhaltige Entwicklung hatte von Anfang an einen hohen Stellenwert im Agenda-Prozess und wird als Schlüssel bei der Armutsbekämpfung angesehen. „Damit ist nicht nur schulische Bildung im klassischen Sinn gemeint“, sagt Rybarski. Bildung berühre fast alle anderen Nachhaltigkeitsziele. Durch Vernetzung sind etwa außerschulische Lernorte entstanden, wie zum Beispiel die Kreativwerkstatt für Kinder und Jugendliche, die durch die Stadt Gelsenkirchen und „aGenda-21“ getragen wird und Bestandteil des VHS-Programms ist. Angebote und Projekte von mehr als 60 Trägern werden hier gebündelt: Es gibt die Färbegärten, in denen Pflanzen angebaut werden, aus denen man Farbstoffe gewinnt, das Projekt Kinderumweltzeitung, Exkursionen in die Natur und viele weitere Angebote auch für Kinder aus Familien mit kleinem Geldbeutel.

Zudem entwickelt Gelsenkirchen neue Ideen für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Ein Ziel ist, dass alle Kinder – unabhängig von sozialer Herkunft – befähigt werden, selbstbestimmt in der Stadtgesellschaft zu leben.

INTERNETADRESSE

www.agenda21.info
skew.engagement-global.de/zeichnungskommunen-agenda-2030.html



SDG 2: DEN HUNGER BEENDEN, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND EINE BESSERE ERNÄHRUNG ERREICHEN UND EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN



Zugang zu Nahrungsmitteln, Ernährungsweisen und -stilen unterscheiden sich auf globaler Ebene stark voneinander. In den Entwicklungsländern spielen Hunger- und Mangelernährung eine andere Rolle als in der nördlichen Hemisphäre. Bei der Umsetzung des SDG 2 auf kommunaler Ebene in Deutschland geht es vor allem um einen besseren Umgang mit Lebensmitteln. Ziel ist es, eine nachhaltige Landwirtschaft zu stärken sowie einen nachhaltigen Umgang mit Lebensmitteln durch die Verbraucher zu fördern.

STADT-LAND-PARTNER BEIM ESSEN

➔ UM WAS GEHT ES?

„Original Regional“ hebt die Vielfalt regionaler Spezialitäten und Produkte aus der Metropolregion Nürnberg heraus. Gleichzeitig werden alte landwirtschaftliche Kulturlandschaften erhalten. Und: Verbraucher können die Qualität regional erzeugter und traditionell hergestellter Lebensmittel leichter prüfen.

➔ WAS WURDE GEMACHT?

Es haben sich 27 Regionalinitiativen mit rund 1.500 Direktvermarktern und Erzeugern aus der Metropolregion Nürnberg zusammengeschlossen. Gleichzeitig wurden in zahlreichen Kommunen klare Ziele für den Einsatz regionaler Produkte in kommunal betriebenen Kantinen, Kindertagesstätten und Schulen festgelegt.

➔ WIE WURDE ES UMGESETZT?

In der Metropolregion Nürnberg arbeiten vor allem die zentrale „Städteachse“ Nürnberg, Fürth, Erlangen und der ländliche Raum partnerschaftlich zusammen. Die ländlichen Räume versorgen die Städte mit gentechnikfreien und regional erzeugten Lebensmitteln und Produkten. Das nutzt der Region und den einzelnen Kommunen gleichermaßen.

➔ WIE GEHT ES WEITER?

Schritt für Schritt werden die Quoten für Regionalprodukte erhöht sowie die Qualitätsstandards erhöht. Die Stadt Nürnberg geht noch weiter und setzt neben Regionalität auch auf das Kriterium der Bio-Qualität. Ihr Ziel bis 2020: 75 Prozent Bio-Lebensmittelanteil in Kitas und 50 Prozent in Schulen.



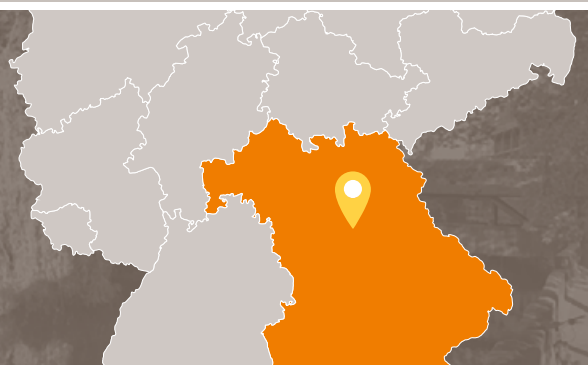
Europäische Metropolregion Nürnberg (EMN) ➔ Bayern



Einwohnerzahl:
3,5 Mio.



Landrat und Ratsvorsitzender der EMN:
Armin Kroder





KEIN HUNGER: ORIGINAL REGIONAL – LEBENS- MITTEL IN DER METROPOLREGION NÜRNBERG

Mit nachhaltiger Landwirtschaft bis 2030 den Hunger weltweit beenden sowie eine bessere Ernährung erreichen und sichern: Das ist Ziel der UN. Dies soll unter anderem durch den Erhalt der genetischen Vielfalt von Saatgut, Kulturpflanzen sowie Tieren erreicht werden. Zudem soll das „traditionelle Wissen“ wieder stärker ins Blickfeld der Lebensmittelproduktion rücken.

Einerseits müssen laut UN dafür in reichen Ländern „alle Formen von Agrarexportsubventionen abgeschafft“ und gleichzeitig die Exportmöglichkeiten der ärmeren Staaten verbessert werden. Andererseits braucht es landwirtschaftliche Methoden, die den Ertrag steigern, nachhaltige Ökosysteme erhalten und die Anpassungsfähigkeit gegenüber Klimaveränderungen oder extremen Wetterereignissen erhöhen. Der regionale Wertschöpfungskreislauf ist dabei ein wichtiger Aspekt. Mit der Marke „Original Regional“ geht die Metropolregion Nürnberg mit gutem Beispiel voran.

SCHRITT FÜR SCHRITT ZU 100 PROZENT REGIONAL

„Am Anfang waren alle skeptisch, heute ist es fast schon Kult“, erinnert sich Herbert Eckstein zurück. Der Landrat des Kreises Roth war ein wichtiger Ideengeber für „Original Regional“, bestätigt Christa Standecker, die Geschäftsführerin der Europäischen Metropolregion Nürnberg EMN. Angefangen hat es mit der regionalen Wurstspezialität Presssack. Ecksteins erfolgreicher Presssackwettbewerb 2005 sei eine Art Erweckungserlebnis gewesen, sagt Standecker.

Eckstein wollte „die regionale Vielfalt sichtbar machen und auf eigene Stärken verweisen“. Daraus entwickelten sich vielfältige Strategien, um Produkte aus der Region auch für die Städte attraktiver zu machen. Gentechnikfreie Lebensmittel standen von Anfang an im Mittelpunkt, die kurzen Versorgungswege leuchteten ein. „Die Grundelemente müssen aus der Region kommen“, da waren sich EMN-Verantwortliche schnell einig. Und dass man zusammenarbeiten muss – auf Lieferanten- wie auf Abnehmerseite.

Schritt für Schritt wurde die Entwicklung vorangetrieben. Kommunen haben ihre eigenen Vorgaben in Küchen von Krankenhäusern, für Caterer von Schulen und Kitas, beispielsweise für die Prozentanteile für Regional- oder sogar Bioprodukte entwickelt.



Die Produktion von Bio-Lebensmitteln wird in der Metropolregion Nürnberg stetig ausgeweitet (Foto: Messe Nürnberg/Thomas Geiger)

PARTNERSCHAFT ZWISCHEN LAND UND STÄDTEN

Inzwischen ist es oft keine Frage mehr, dass Schafffleisch aus Landschaftsschutzprojekten und Säfte und Perlweine aus Streuobstflächen stammen müssen. „Das sichert unsere Kulturlandschaft“, sind sich Standecker und Eckstein einig.

In der Stadt Nürnberg soll bis 2020 der Bio-Lebensmittelanteil in den städtischen Kitas 75 Prozent sein, in Schulen 50 Prozent. Letzteres gilt auch für Empfänger des Oberbürgermeisters, der hier ein Zeichen setzen will.

Aber auch in Kleinstädten wie Gräfenberg gibt es ein Konzept für die Verpflegung an der Ganztageschule. Im Projekt „Küchen Flegel“ werden Schülerinnen und Schüler bei der Gestaltung eines gesunden Speiseplans unter nachhaltigen Gesichtspunkten einbezogen. Die Lebensmittel werden täglich aus der Region bezogen, die Lieferanten sind bekannt und es bestehen Rahmenvereinbarungen über Qualitätsstandards.

Inzwischen sind in der Metropolregion 2.412 Unternehmen bio-zertifiziert, Tendenz stark steigend. „Original Regional“ ist zu einem Netzwerk geworden, das neben den Kommunen aus Bäckern, Metzgern, kleinen Produktionsbetrieben und Caterern besteht. Sie bieten 120 Original-Regionale Spezialitäten an, schaffen Beschäftigung in der Region und vermeiden überflüssige Transportwege. Zudem verbessern und erhalten sie das Wissen über landwirtschaftliche Produktionsweisen.

INTERNETADRESSE

original-regional.metropolregionnuernberg.de





Gesundheit ist ein Menschenrecht und so gehört es zu den erklärten Zielen der Agenda 2030, die Gesundheit aller Menschen zu verbessern. Dafür ist der Zugang zu Gesundheitseinrichtungen und Präventionsmaßnahmen ebenso zentral, wie die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen und Arzneimitteln. Auch die Gesundheitsfinanzierung und die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sind nötig, um die Gesundheit der Menschen weltweit zu verbessern.

BREMER MODELL: GESUNDHEITSKARTE FÜR GEFLÜCHTETE

→ UM WAS GEHT ES?

Der Stadtstaat Bremen hat bereits im Jahr 2005 die elektronische Gesundheitskarte für Asylsuchende und Geflüchtete eingeführt. Ziel war es, Diskriminierung abzubauen. Mit ihrer Karte können die Menschen direkt zum Arzt gehen und müssen sich nicht vorab vom Sozialamt eine Genehmigung ausstellen lassen.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Bremen nahm im Jahr 2004 Gespräche mit den Krankenkassen auf, um die Gesundheitskarte für Asylsuchende und Geflüchtete einzuführen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) sprach sich für das Projekt aus. Zum 1. Oktober 2005 schlossen das Land und die AOK einen Rahmenvertrag ab.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Seit 2005 hat jeder Asylsuchende und Geflüchtete eine elektronische Gesundheitskarte und damit Anspruch auf medizinische Versorgung. So werden Kranke schnellstmöglich versorgt und können den Arzt frei wählen. Bremen bleibt der Kostenträger, die Abrechnung übernimmt gegen eine Verwaltungskostenpauschale die Kasse.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Hamburg hat das Bremer Modell zum 1. Juli 2012 übernommen, 2015 schloss Nordrhein-Westfalen mit acht Krankenkassen Rahmenvereinbarungen ab. Die landesweite Einführung stockt allerdings – unter anderem, weil viele Kommunen einen erhöhten Kostenaufwand befürchten.



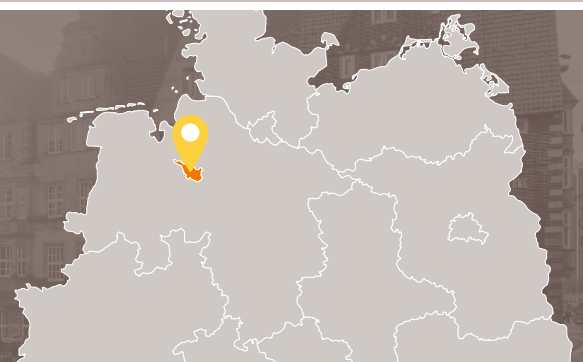
Freie Hansestadt Bremen → Bremen



Einwohnerzahl:
557.464



Bürgermeister:
Dr. Carsten Sieling



EINFACH ZUM ARZT GEHEN – DIE GESUNDHEITSKARTE FÜR GEFLÜCHTETE

Zahnschmerzen oder Fieber: Asylsuchende oder Geflüchtete, die in Deutschland krank werden, haben ein Problem – zumindest in den meisten Teilen des Landes. Bevor es nämlich zum Arzt geht, müssen sie vom Gesundheitsamt untersucht werden. Wenn es grünes Licht erteilt, stellt das zuständige Sozialamt der Gemeinde einen Behandlungsschein aus. Erst damit können die Kranken zum Arzt.

Bremen hat 2005 überlegt, wie sich die Stigmatisierung von Asylsuchenden abbauen ließe. Um Doppelstrukturen zu vermeiden, sollten die Kompetenzen der Krankenkassen bei der Abrechnung genutzt werden. Zum 1. Oktober 2005 schloss das Land einen Rahmenvertrag mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK). Geflüchtete oder Asylsuchende werden in Bremen seitdem mit der Gesundheitskarte ausgestattet. Kranke können direkt zum Arzt gehen. Gleiches gilt für werdende Mütter und Wöchnerinnen, auch Schutzimpfungen sind möglich. Lediglich für Leistungen wie eine Kur oder eine Psychotherapie sind Einzelfallprüfungen erforderlich.

Damit hat das kleinste Bundesland in Sachen „SDGs“ Pionierarbeit geleistet. Ein wichtiges Unterziel (3.8) ist die allgemeine Gesundheitsversorgung für alle zu erreichen, inklusive des Zugangs zu hochwertigen Gesundheitsdiensten und bezahlbaren Arzneimitteln. Die Gesundheitskarte sichert den diskriminierungsfreien Zugang.

DIE ERWARTUNGEN HABEN SICH ERFÜLLT

Die Erwartungen an die Einführung der Gesundheitskarte wurden nach Auskunft von David Lukaßen, Sprecher des Bremer Sozialressorts, in vollem Umfang erfüllt. Dass Bremen die Gesundheitskarte als Land eingeführt hat, liegt an der Struktur. Als Stadtstaat leistet sich die Stadtgemeinde Bremen keine zweite Landesebene in der Verwaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen auch die Aufgaben einer Landesverwaltung. Dies trifft insbesondere auf das Sozialressort zu, bei dem die Flüchtlingsaufgaben angesiedelt sind. Statt jede Behandlung von Asylsuchenden einzeln abrechnen zu müssen, werden Leistungen wie üblich von den Ärzten bei der Krankenkasse eingereicht und



Seit über zehn Jahren erhalten Asylsuchende in Bremen eine Gesundheitskarte (Foto: Stockfotos-MG/fotolia.de)

abgerechnet. Sie erhält für den zusätzlichen Aufwand eine Verwaltungspauschale von zehn Euro sowie einmalig acht Euro für die Ausstellung der Karte.

Das Bremer Modell wurde im Juli 2012 auch in Hamburg eingeführt. Nordrhein-Westfalen hat eine Vereinbarung mit acht Krankenkassen getroffen. Allerdings haben erst 20 von 400 Kommunen die Karte eingeführt.

KOMMUNEN MACHEN GUTE ERFAHRUNGEN

Der Bund hat mit der Verabschiedung des Asylbeschleunigungsgesetzes (Asylpaket I) Ende 2015 die Möglichkeit eröffnet, für Asylsuchende eine Gesundheitskarte mit eingeschränktem Leistungsanspruch einzuführen. Viele Kommunen fürchten hohe Kosten, doch die Erfahrungen mit der Karte – unter anderem aus den NRW-Großstädten Köln und Düsseldorf – sind positiv.

Das Verfahren sei diskriminierungsfrei für die Flüchtlinge, erspare ihnen unnötige Wege und entlaste die Verwaltung im Amt für soziale Dienste, sagt Anja Stahmann. Die Bremer Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport betont: „Wir haben die Karte vor mehr als zehn Jahren eingeführt, und sie hat nur Vorteile.“

INTERNETADRESSE

www.gesundheitsamt.bremen.de/fluechtlinge-15222

SDG 4: INKLUSIVE, GERECHTE UND HOCHWERTIGE BILDUNG GEWÄHRLEISTEN UND MÖGLICHKEITEN DES LEBENSLANGEN LERNENS FÜR ALLE FÖRDERN



Bildung ist ein Menschenrecht. Sie ist entscheidend dafür, wie Menschen ihre Fähigkeiten entwickeln können und welche Ziele sie im Leben erreichen. Ziel der Agenda 2030 ist es, inklusive, gleichberechtigte, hochwertige und lebenslange Bildung für alle zu fördern, das berührt auch andere SDGs, etwa die Beseitigung von Ungleichheiten (SDG 10). In Deutschland ist Bildung Ländersache, doch Kommunen spielen in Schlüsselbereichen wie der Bildung für nachhaltige Entwicklung eine zentrale Rolle.

NACHHALTIG LEBEN: VON DEN ENKELN ZU DEN GROSSELTERN

→ UM WAS GEHT ES?

Die hessische Gemeinde Alheim hat sich der nachhaltigen Bildung für Jung und Alt verschrieben. Mit Erfolg: Bereits vier Mal wurde sie zur Modelkommune der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ernannt. Die UNESCO verlieh Alheim 2016 den Titel „Kommune mit Auszeichnung – im Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und wurde zudem Deutschlands nachhaltigste Gemeinde 2016.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Alheim versorgt sich selbst fast vollständig aus erneuerbaren Energien. Doch Nachhaltigkeit wird hier im Sinne eines lebenslangen Lernens gelebt und vermittelt. So gibt es unter anderem ein Umweltbildungszentrum, das Senior-Umwelttrainer ausbildet. Kindern wird in Kindergärten, Schulen und an zahlreichen außerschulischen Lernorten Wissen über Nachhaltigkeit und Klimaschutz vermittelt.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

2000 präsentierte Alheim bei der Expo in Hannover zwei Projekte: das Umweltbildungszentrum Alheim – Licherode mit dem Slogan „Eine Region wird zum naturnahen Lernort“, sowie Oberellenbach als Beitrag zu „Dorf 2000 – Beispiele nachhaltiger Landentwicklung“. Das war der Anstoß, auf erneuerbare Energien zu setzen. Bald wurden Bildungsprogramme entwickelt, um alle auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit mitzunehmen.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Alheim hat sich mit anderen Kommunen vernetzt. Die Kommune ist Teil des Förderprogramms „ZuBRA – Zukunft Bebra. Rotenburg und Alheim“ und beteiligt sich in diesem Verbund am Wettbewerb „Zukunftsstadt“, ausgelobt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). Im Zentrum steht die Nachhaltigkeit.



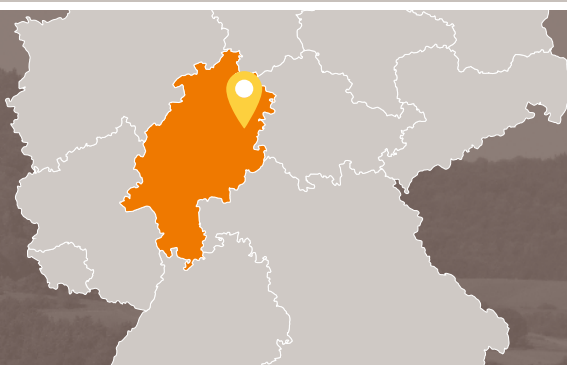
Alheim → Hessen



Einwohnerzahl:
5.300



Bürgermeister:
Georg Lüdtkke





EIN LEBEN LANG LERNEN

Ein Leben lang lernen und Neues erfahren: Im hessischen Alheim wird das gelebt. Die Gemeinde hat sich der Nachhaltigkeit verschrieben, Bildung ist der Schlüssel dazu. Bereits vier Mal wurde Alheim zur Modelkommune der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ernannt. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Erreichen des SDG 4, denn Lernenden Qualifikationen für nachhaltige Entwicklung zu vermitteln ist ein zentraler Baustein zum Erreichen des Ziels bis zum Jahr 2030.

In Alheim begann der Weg zur nachhaltigen Bildung 1994 mit einem neuen Tourismuskonzept, das die Natur in den Mittelpunkt stellte. Der zweite Schritt war die Expo in Hannover im Jahr 2000. Alheim konnte dort zwei Projekte präsentieren: das Umweltbildungszentrum Licherode sowie den Ortsteil Oberellenbach als Beitrag zu „Dorf 2000 – Beispiele nachhaltiger Landentwicklung“. 40.000 internationale Gäste haben Alheim während der Weltausstellung besucht. Der Austausch mit ihnen bestärkte die Kommune darin, den Weg Richtung Nachhaltigkeit weiter zu gehen.

„Damals entstand eine Vision“, sagt Bürgermeister Georg Lüttke: „Bis 2015 soll 80 Prozent der Energie, die wir nutzen, erneuerbare Energie sein“. Ein Ziel, das so ambitioniert war, dass kaum jemand daran glaubte. Deshalb galt es, das Interesse der Menschen zu wecken. Warum sollte man Teil der Energiewende sein? „Bildung ist das Entscheidende“, sagt Lüttke: „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. In Alheim fängt dies bei den Kindern an: In den Kitas wird gezeigt, wie eine Solaranlage funktioniert. Die Sonne scheint auf ein kleines Solarpanel und schon dreht sich das angeschlossene Windrad. Die Kinder erzählen davon zu Hause und werden auf diese Weise Botschafter der Energiewende.

Bald erlebte Alheim einen regelrechten Solarboom. Heute deckt die Gemeinde ihren Strombedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien: ein bisschen Wasserkraft, eine Biogasanlage, vor allem aber Sonnenenergie. „Es sind keine riesigen Solaranlagen eines Investors“, sagt Lüttke: „Das sind Bürger-solaranlagen“. Die Bürgerinnen und Bürger seien es auch, die daran verdienen, wenn Strom aus ihren Anlagen verkauft wird.

Doch Nachhaltigkeit ist mehr als nur grüne Energie. Wie funktioniert ökologische Landwirtschaft? Wie wird Brot



Kochen mit Solarenergie: In Alheim lernen die Kleinsten viel über Nachhaltigkeit. (Foto: Gemeinde Alheim)

gebacken? Kinder erleben an außerschulischen Lernorten, wie Bio-Bauern oder Bäcker arbeiten. Sie untersuchen als Energiedetektive den Energieverbrauch oder nehmen Gewässerproben aus Bächen. Dabei lernen sie, dass wir Verantwortung für unsere Umwelt haben. Doch nicht nur die Kinder werden in Sachen Nachhaltigkeit geschult, auch ihre Eltern sind eingebunden. Viele Seniorinnen und Senioren schulen als ehrenamtliche Umwelttrainer im Umweltbildungszentrum Licherode Kinder und Erwachsene. Den Alheimern ist klar: Sie sind gemeinsam verantwortlich – für ihre Umwelt und für ein gutes Miteinander.

Dieses Weltbild trägt die hessische Gemeinde in die Republik. Jedes Jahr kommen etwa 3.000 Kinder aus dem gesamten Bundesgebiet ins Umweltbildungszentrum Licherode, auch Erwachsene werden dort geschult. Außerdem berät Alheim vergleichbare Einrichtungen in anderen Bundesländern. Die Vernetzung liegt Lüttke am Herzen. „Ich bin nicht mehr Kommunal, ich bin Regionalist“, sagt er. So ist Alheim seit einigen Jahren Teil der ZuBRA-Region. Gemeinsam beteiligt man sich derzeit am Wettbewerb „Zukunftsstadt“, ausgelobt vom BMBF. Kommunen entwickeln gemeinsam Ideen für lebenswerte und nachhaltige Regionen. Und sie erarbeiten einen Bildungsrahmenplan, denn Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit müssen vermittelt werden.

INTERNETADRESSEN

www.alheim.de

www.umweltbildungszentrum-licherode.de

www.bne-portal.de





Die Vereinten Nationen haben es sich zum Ziel gesetzt, alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt zu beenden. Dazu gehört die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen genau wie das Ende von Kinderheirat oder Genitalverstümmelung. Außerdem gilt es, unbezahlte Pflege- und Hausarbeit durch Frauen innerhalb der Familie anzuerkennen und wertzuschätzen sowie die volle und wirksame Teilhabe und Chancengleichheit von Frauen im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben zu sichern.

GLEICHSTELLUNG GEHT ALLE AN

→ UM WAS GEHT ES?

Gleichstellung berührt die unterschiedlichsten Bereiche des öffentlichen Lebens. Aus diesem Grund sitzt Osnabrücks Gleichstellungsbeauftragte Katja Weber-Khan mit am Tisch, wenn die ressortübergreifende Vorstandskonferenz unter Leitung des Oberbürgermeisters tagt. So wird in Osnabrück auf die Gleichstellung von Frauen und Männer geachtet.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Osnabrück hat 2014 einen Gleichstellungsaktionsplan verabschiedet. Heute muss bei allen kommunalen Beschlussvorlagen die Frage nach den Auswirkungen auf die Geschlechter beantwortet werden. Unterstützt von einem Netzwerk aus Beratungsstellen und Vereinen wurde vieles umgesetzt, von gezielter Förderung von Mädchen bis hin zu Teilzeitstellen in Führungspositionen.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

In Osnabrück ist die Gleichstellungsbeauftragte Teil der Stadtverwaltung. Zudem kann sie auf ein Netzwerk aus Beratungsstellen und Vereinen vertrauen. Es unterstützt ihre Arbeit und hilft dabei, zu sehen, wo der gleichstellungspolitische Schuh drückt. In Osnabrück fand außerdem die vom Land Niedersachsen finanzierte Veranstaltung „Im Tandem gegen Gewalt“ statt.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Osnabrück hat 2016 beim ersten „Gender Award – Kommune mit Zukunft“, unter der Schirmherrschaft der damaligen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig, den vierten Platz erreicht – Grund zur Freude und Ansporn weiterzumachen. Die Gleichstellungsbeauftragte Katja Weber-Khan will ihr Netzwerk noch vergrößern. Zudem wird der Aktionsplan evaluiert und soll fortgeschrieben werden.



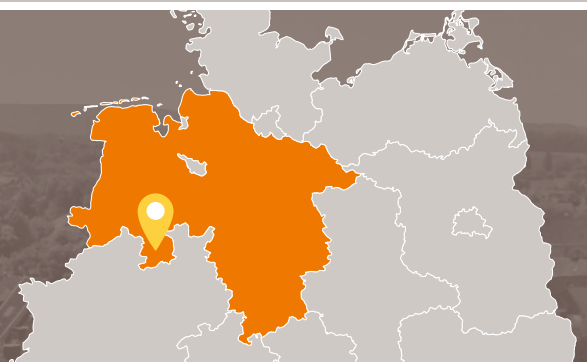
Osnabrück → Niedersachsen



Einwohnerzahl:
162.403



Oberbürgermeister:
Wolfgang Griesert



GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN ERREICHEN

Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden: Um dieses Ziel zu erreichen, muss in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen viel für die Gleichstellung von Frauen getan werden. Katja Weber-Khan, die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Osnabrück, arbeitet an der Verwirklichung dieses Ziels.

Osnabrück hat 2014 einen Gleichstellungsaktionsplan verabschiedet. Heute weiß die Gleichstellungsbeauftragte stets was geplant ist, weil sie in die Verwaltungsarbeit und die Entscheidungsprozesse der Stadt miteinbezogen ist. So kann sie dafür sorgen, dass auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet wird. Steht eine Entscheidung dem Gender-Mainstreaming, also der Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, im Weg? Diese Frage wird bei jedem Vorhaben gestellt, sie ist Teil der kommunalen Beschlussvorlagen.

„Vielen ist nicht bewusst, dass eine Entscheidung Auswirkungen auf ein Geschlecht haben kann“, erklärt Weber-Khan. Stets danach zu fragen, erhöhe die Sensibilität für das Thema. Die Stadt will in Sachen Gleichstellung mit gutem Beispiel vorangehen: In der Stadtverwaltung wird das Modell „geteilte Führung“ gelebt. Zwei Personen, die beide in Teilzeit arbeiten, teilen sich eine Führungsposition. So haben sie trotz reduzierter Arbeitszeit eine leitende Position. Zwei dieser geteilten Stellen gibt es derzeit in der Osnabrücker Verwaltung.

Weber-Khan kann auf ein breites Netzwerk aus Frauenberatungsstellen und Verbänden zurückgreifen. Die Gleichstellungsbeauftragte ist seit zwei Jahren im Amt, ihre Vorgängerin habe das Netzwerk 15 Jahre lang aufgebaut. Weber-Khan will es pflegen und ausbauen. „Es hilft dabei zu sehen, wo Strukturen fehlen und unterstützt bei der Umsetzung von Programmen“, sagt sie. Ein aktuelles Beispiel: Die Geflüchteten haben die Beratungsstellen vor neue Aufgaben gestellt. So spielt zum Beispiel das wichtige Thema häusliche Gewalt auch im Migrationskontext eine Rolle. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterschiedlicher Beratungsstellen in Osnabrück wünschten sich deshalb Schulungen im Bereich interkulturelle Kompetenz. Die Stadt konnte sie mit der Veranstaltung „Im Tandem gegen Gewalt“ unterstützen. Finanziert wurde sie vom Landespräventionsrat Nieder-



Aktion in Osnabrück zum Internationalen Gedenktag „Nein zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen“, am 25. November. (Foto: Monika Meißner)

sachsen und Osnabrück konnte als eine von fünf Städten in Niedersachsen von der Förderung profitieren.

„Meine Arbeit ist sehr vielfältig“, sagt Weber-Khan. Sie erzählt von einem Mädchenhaus in Osnabrück, das sie regelmäßig besucht. Gerade hat es sein 25. Jubiläum gefeiert. „Es ist wichtig, Frei- und Entwicklungsräume für Mädchen zu schaffen“, sagt Weber-Khan. Es gebe Beratungs- und Therapieangebote, aber auch einfach die Möglichkeit, sich nach der Schule zu treffen. Das Programm „Girls can do it“ richte sich an Mädchen aus Migrantenfamilien, in denen sehr traditionelle Rollenbilder gelebt werden. Ihnen werde gezeigt, dass auch Frauen die Welt offensteht.

In Osnabrück gibt es außerdem das Zertifikat „Familienfreundliche Arbeitgeber“, mit dem sich Unternehmen zertifizieren lassen können. Restaurants und Geschäfte können den Aufkleber „Zum Stillen Willkommen“ nutzen, wenn sie Frauen die Möglichkeit geben, ihr Kind ungestört zu stillen.

Es gibt nicht die eine große Stellschraube für Gleichberechtigung. Eine Vielzahl von Maßnahmen in sehr unterschiedlichen Bereichen wirkt zusammen und trägt zur Veränderung bei. In ihrem Aktionsplan hat die Stadt Osnabrück sie gebündelt – und es kommen stets neue hinzu. Nur so kann das große Ziel Gleichstellung erreicht werden.

INTERNETADRESSE

www.osnabrueck.de/gleichstellungsbuero

**SDG 6: VERFÜGBARKEIT UND NACHHALTIGE BEWIRTSCHAFTUNG
VON WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG FÜR ALLE GEWÄHRLEISTEN**



Sauberes Wasser und angemessene Sanitäreinrichtungen sind für ein gesundes und menschenwürdiges Leben unerlässlich. Die Vereinten Nationen setzen sich dafür ein, allen Menschen Zugang zu sauberem Wasser zu ermöglichen, die Wasserqualität weltweit zu verbessern und wasserverbundene Ökosysteme wie Berge, Wälder und Seen zu schützen. Die Kommunen tragen hier besondere Verantwortung, denn sie sind für die Wasserversorgung und die Beseitigung von Abwasser zuständig.

RESSOURCEN NACHHALTIG NUTZEN

➔ **UM WAS GEHT ES?**

Die Stadt Baruth/Mark hat seit 2011 eine Städtepartnerschaft mit Murun in der Mongolei. Im Mittelpunkt stehen der Austausch von Wissen und Technik zur Wasserversorgung und der Abwasserreinigung genau wie die nachhaltige Nutzung der Baumbestände. Baruth/Mark hat auf beiden Gebieten viel Erfahrung gesammelt, die nun an Murun weitergegeben wird.

➔ **WAS WURDE GEMACHT?**

Im Rahmen der Weiterbildungs- und Schulungskampagne „Unser Wasser“ tauschten Baruth und Murun in den letzten Jahren Informationen und Technik zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen aus. Murun verfügt inzwischen unter anderem über Wasserfilter für mehrere Schulen und ein Labor zur Kontrolle der Wasserqualität.

➔ **WIE WURDE ES UMGESETZT?**

Bei regelmäßigen Treffen in Deutschland und der Mongolei wurden Informationen ausgetauscht. In Murun gilt es, die Bevölkerung aufzuklären und für die nachhaltige Nutzung ihrer Rohstoffe zu gewinnen. So wurden für eine große Wasserkonferenz in Murun Schulen und Umweltverbände aus der Region eingebunden.

➔ **WIE GEHT ES WEITER?**

2017 begann mit der Hilfe aus Baruth/Mark der Bau eines Schulungszentrums für Handwerksberufe in Murun. Schon der Bau schult die Mitwirkenden. Es werden hauptsächlich Materialien genutzt, die vor Ort verfügbar sind und es wird nachhaltig gebaut: Das Gebäude wird aus Holz gefertigt und mit Schafwolle gedämmt.



Baruth/Mark ➔ Brandenburg


Einwohnerzahl:
4.100


Bürgermeister:
Peter Ilk





WASSER, WÄLDER, WISSENSTRANSFER

Die Ressource Wasser schützen und allen Menschen zugänglich machen: Das ist eines der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. In Baruth/Mark ist Nachhaltigkeit in den letzten 20 Jahren zum Leitmotiv geworden – zum Schutz von Wäldern und Wasser. Die Brandenburger Kommune mit ihren riesigen Kiefernwäldern hat ein modernes Industriegebiet gebaut, das zur nachhaltigen Nutzung der Holzvorkommen beiträgt. „Der Abfall des einen dient als Rohstoff der anderen“, sagt Peter Ilk, Bürgermeister von Baruth/Mark. Ein Sägewerk, zwei Werke für Holzfaserplatten und ein Laminatwerk, außerdem ein Biomasse-Heizkraftwerk, eine Mineralwasserabfüllanlage und ein Nützlingszüchter profitieren vom gemeinsamen Standort. Zudem hat die Stadt nach der Wiedervereinigung ihre Wasserversorgung und Abwasserreinigung neu organisiert.

Von den Erfahrungen, die Baruth/Mark dabei gesammelt hat, profitiert seit 2011 eine gut 7.000 Kilometer entfernte Stadt in der Mongolei: Murun mit einer Einwohnerzahl von 40.000. Was die Gemeinden verbindet, sind ihre riesigen Wälder, ihre Süßwasservorkommen und ihre relativ dünne Besiedelung. Als die Bürgermeister der beiden Städte das 2011 bei einem Treffen feststellen, beginnt ein reger Austausch. In dessen Zentrum steht zunächst das Thema Trinkwasserversorgung.

ROHSTOFFE, DIE VERBINDEN

Murun liegt am Huvsgul-See, einem bedeutenden Trinkwasserreservoir der Mongolei. „Das Wasser in den Leitungen hat aber keine Trinkwasserqualität“, erzählt Peter Ilk. Im Supermarkt gebe es importiertes Wasser. Ganz anders als in Baruth/Mark, wo die Anlage der „Brandenburger Urstromquelle“ jährlich 1,2 Milliarden Flaschen abfüllt. Auch in Murun könnte lokales Trinkwasser abgefüllt werden. Ilk hat es dem Bürgermeister von Murun, Tserenbadam Gansukh, bereits vorgeschlagen.

Doch vordringlicher ist die Versorgung mit sauberem Trinkwasser aus Leitungen. 2016 stand deshalb im Zeichen des Projekts „Unser Wasser“, gefördert von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global. Elf Wasserfilter stehen inzwischen an vier Muruner Schulen. „Jeder davon bringt 1.000 Liter sauberes Wasser täglich“, sagt Ilk. Mitarbeitende des Baruther Wasserwerks haben die Muruner Kolleginnen und Kollegen im Umgang damit geschult. Sie haben außerdem dabei geholfen, ein



Der Bürgermeister von Baruth/Mark, Peter Ilk (3.v.l.), zu Besuch in der Mongolei (Foto: Gemeinde Baruth/Mark)

Wasserlabor zur Qualitätsprüfung aufzubauen. Zudem haben sie gemeinsam mit den Murunern die Abwasserkanäle gereinigt. Als Gastgeschenk im Gepäck: zwei Gaswarngeräte, die die Arbeit künftig sehr viel sicherer machen. Wenn die Gäste aus der Mongolei in Brandenburg zu Gast sind, lernen sie die Baruther Wasserbetriebe genau wie das Industriegebiet kennen. Wissen, das sie in ihrer Heimat nutzen können.

NACHHALTIGKEIT ALS BILDUNGSAUFGABE

Im Oktober 2016 haben die Brandenburger eine Wasserkonferenz in Murun organisiert, Wasserspezialisten aus Tschechien waren ebenso beteiligt wie Besitzer von Touristencamps rund um den Huvsgul-See. Für mongolische Schülerinnen und Schüler wurden Spiele und ein Plakatwettbewerb angeboten, um ihnen so den nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser zu vermitteln.

2017 beginnt der Bau eines Schulungszentrums für Handwerksberufe in Murun. Die örtliche Berufsschule ist mit einbezogen. Schon die Errichtung schult die Mitwirkenden – auch in Sachen Nachhaltigkeit. Denn genutzt werden hauptsächlich lokale Materialien, so wird Schafwolle die Holzkonstruktion dämmen. Fachlich und finanziell unterstützt wird das Projekt von der SKEW. Das Gesamtvorhaben „Unser Wasser“ wird im Rahmen der SKEW-Förderung Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (NAKOPA) mit etwa 250.000 Euro finanziell unterstützt. Gut angelegtes Geld, denn es wurde und wird in sauberes Trinkwasser, Bildung und die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen investiert.

INTERNETADRESSEN

www.stadt-baruth-mark.de
www.baruth-murun.de



SDG 7: ZUGANG ZU BEZAHLBARER, VERLÄSSLICHER, NACHHALTIGER UND MODERNER ENERGIE FÜR ALLE SICHERN



Die heute genutzte Energie stammt größtenteils aus fossilen, endlichen Quellen. Deren Verbrauch verursacht immense Schäden an der Umwelt. Die erzeugte Energie ist für viele Menschen unbezahlbar. Deshalb wollen die UN bis 2030 den allgemeinen Zugang zu bezahlbaren, verlässlichen und modernen Energiedienstleistungen sichern und den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix stark erhöhen. Außerdem soll die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppelt werden.

BIOENERGIEDORF ASCHA

➔ **UM WAS GEHT ES?**

Ascha versorgt sich heute schon weitgehend selbst aus regenerativen Energiequellen. Aus ihnen bezieht die Gemeinde sowohl ihre Gebäudewärme als auch ihren Strom. Doch die deutsche „Bioenergie-Kommune 2016“ in Niederbayern mit 1.600 Einwohnern will noch viel mehr erreichen auf ihrem Weg zur nachhaltigen Energieversorgung.

➔ **WAS WURDE GEMACHT?**

Am Anfang stand die Energieverbrauchsanalyse, dann wurden Lösungen erarbeitet. Ein Start-Projekt war das Bioheizwerk: Das erste seiner Art in ganz Bayern beheizt über ein Nahwärmenetz etwa 100 Gebäude. Es folgten unter anderem Solarstromanlagen, Sonnenkollektoren auf privaten Hausdächern, eine Ökoenergiesiedlung, ein Wasserrad-Kraftwerk und solarbetriebene Straßenbeleuchtung.

➔ **WIE WURDE ES UMGESETZT?**

Seit 1989 bemüht sich die Gemeinde, ihre Energieversorgung nachhaltiger zu gestalten. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich in Arbeitskreisen zum Thema. Die Gemeinde will alle noch vorhandenen Ölheizungen durch umweltfreundliche Alternativen ersetzen. Ein Meilenstein auf dem Weg zur Energieunabhängigkeit war die Auszeichnung als offizielles „Bioenergiesiedlung“.

➔ **WIE GEHT ES WEITER?**

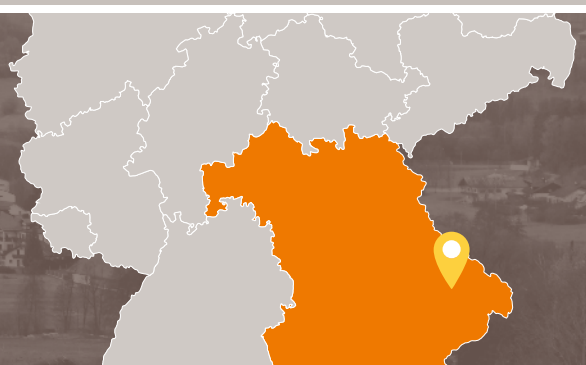
Aschas Rathaus soll mit Hilfe von Energiespeichern autark in seiner Stromversorgung werden. So will die Gemeinde ein Vorbild werden und die Bürgerinnen und Bürger dazu animieren es ihr gleichzutun. Außerdem stellt die Gemeinde pro Jahr Zuschüsse in Höhe von 70.000 Euro für Heizungspumpen, Elektroroller, Projekte oder einen Stromsparwettbewerb zur Verfügung.



Ascha ➔ Bayern


Einwohnerzahl:
1.600


Bürgermeister:
Wolfgang Zirngibl





DER LANGE WEG ZUR AUTARKIE

Im Jahr 1992 fand die UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio statt, auf der sich Vertreterinnen und Vertreter aus 178 Ländern trafen, um über umwelt- und entwicklungspolitische Fragen im 21. Jahrhundert zu beraten. Zentrales Ergebnis der Konferenz war die sogenannte Agenda 21. Dieses Aktionsprogramm forderte auch die Kommunen auf, ihre Bürger zu konsultieren und eine Lokale Agenda 21 zu verabschieden. Unter dem Motto „global denken – lokal handeln“ kamen viele Kommunen dem Aufruf nach. Ascha verfolgte zu diesem Zeitpunkt schon seit mehreren Jahren eine lokale Energie-Agenda. Diese passt auch gut zum UN-Nachhaltigkeitsziel 7: „Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.“

Auszeichnungen säumen Aschas konsequenten Energieweg: Im Jahr 2000 wurde die Kommune von der bayerischen Landesregierung als „Umweltbewusste Gemeinde“ ausgezeichnet. 2016 wurde sie vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zur „Bioenergie-Kommune“ erklärt. Ascha erzeugt bereits heute mehr Strom als es verbraucht und die Gemeinde erzeugt einen Großteil der benötigten Wärme. Doch der Weg des Dorfes soll zur Unabhängigkeit von den großen Energieversorgern und hin zur Nachhaltigkeit führen.

EINE MÜLLDEPONIE, DIE VERHINDERT WURDE

Alles begann 1989, als in Ascha die größte Mülldeponie des Landes entstehen sollte und die Natur massiv beeinträchtigt hätte. „Wir haben daraufhin alternative Lösungen gesucht“, erinnert sich Bürgermeister Wolfgang Zirngibl. Intensive Mülltrennung, statt großer Deponie – darauf setzt die Gemeinde bis heute. Die Bürger-Arbeitskreise von damals sind zum großen Teil noch aktiv. 1998 wurde das Zukunftsforum Ascha (ZFA) gegründet. Es steuert Dorferneuerung und Prozesse der lokalen Agenda 21 auf dem Weg zur nachhaltigen und energieautarken Gemeinde. „Bioenergieort“ mit der „Besonderheit: Heizölfreie Gemeinde“ ist Ascha schon seit Jahren. Photovoltaikanlagen auf den Häusern und vor dem Dorf produzieren mehr Strom, als die Bürger und Firmen im Ort im Laufe des Jahres verbrauchen. Die Bürgerinnen und Bürger arbeiten daran, ihren Wärmeverbrauch möglichst mit regionalen Energiequellen decken. Weg vom Öl, hin zum Holz heißt ihre Devise. Denn Holz wächst im Bayerischen Wald wesentlich mehr nach, als geerntet wird. Das erste Bioheizwerk in Ascha war überdimensioniert, deshalb gibt es heute ein kleineres Holzheizwerk, das vor allem im Winter



Die bayerische Gemeinde Ascha ist ein Pionier in Sachen nachhaltige Energieversorgung. (Foto: Heinz Wraneschitz)

heizt, und zwei Blockheizkraftwerke. Eines davon ist mit dem Wärmenetz der Nahwärme Ascha GmbH verbunden und wird mit Holzpellets betrieben, um den Sommerbedarf an Wärme zu decken. Parallel dazu läuft eine bäuerliche Biogasanlage. Diese produziert 250 kW Strom sowie Wärme für mehrere Haushalte. Wichtig ist Wolfgang Zirngibl bei allen Projekten: „Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger mit. Aber wir stellen nicht die Frage, ist das wirtschaftlich, sondern wir machen.“ Zum Beispiel einen Stromsparwettbewerb, mit Zuschüssen für Heizungspumpen oder Elektroroller. Dafür stehen im kommunalen Haushalt 70.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Alle bestehenden Straßenlaternen in Ascha leuchten mit LED. Alle neuen Laternen sind mit Solarleuchten ausgestattet, 50 davon stehen bereits. Zudem gibt es ein hölzernes Mühlrad, das an einem alten Mühlstandort Strom produziert. Es gibt eine Ökosiedlung, die strenge Energie- und Umweltkriterien erfüllt, sowie eine Energiesiedlung mit Nahwärmeanschluss, die in Ascha gut angenommen werden. Wie es weitergeht? Wolfgang Zirngibl sieht die Gemeinde auch künftig in der Pflicht, als Vorreiter zu fungieren. Das Rathaus ist ein Beispiel dafür: Es soll mit Hilfe von Stromspeichern bald komplett energieautark sein – und hoffentlich Nachahmer finden. „Wir, also die Gemeinde, haben dabei noch nie Gewinn gemacht, denn uns geht es um die Umwelt“, sagt Zirngibl. Nicht zu vergessen: Statt Geld für Öl auszugeben, bleiben auch die Energieausgaben im Dorf; „eine Million Euro im Jahr bleibt da schon übrig“, hat Wolfgang Zirngibl ausgerechnet. Seine Erfahrungen fasst der Bürgermeister in einem einprägsamen Satz zusammen: „Nachhaltigkeit, das ist ein langer Weg, und man muss ihn immer wieder hinterfragen.“

INTERNETADRESSEN

www.ascha.de

www.nachhaltigkeitspreis.de





Nur ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird Armut beseitigen und menschenwürdige Arbeit für alle sichern. Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung ist nötig. Die Lebensbedingungen der Menschen sollen durch moderne Produktionsmethoden und Technologien verbessert werden. Es gilt, die Nutzung von Ressourcen für Konsum und Produktion weltweit effizienter und nachhaltiger zu gestalten, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und lokale Kultur und Produkte zu fördern.

NACHHALTIGKEIT KENNT KEINE GRENZEN

→ UM WAS GEHT ES?

Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rostock engagieren sich seit vielen Jahren für fairen Handel und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze. Dies geht zurück auf die Eine-Welt-Bewegung und die friedliche Revolution 1989/1990. Es gab zwei ausschlaggebende Prozesse: die Agenda 21-Bewegung und den im Jahr 2011 beginnenden Fair-Trade-Prozess.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Rostock gehört zu den sogenannten Fair-Trade-Towns, deren Ziel es ist, fairen Handel auf der kommunalen Ebene umzusetzen. Im Jahr 2013 war Rostock Gewinner des Wettbewerbs „Hauptstadt des Fairen Handelns“, der alle zwei Jahre von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global durchgeführt wird.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

In über 80 Rostocker Geschäften und 40 gastronomischen Betrieben gibt es Produkte aus fairem Handel. Sie sind in einem Atlas im Internet zu finden. Darüber hinaus sind Schulen, diverse Bildungsträger, die Universität und die Kirchen aktiv. Die Stadt Rostock bezahlt aus den Mitteln, die sie als Preisgeld erhielt, eine Fair-Trade-Koordinatorin.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Die Stadt Rostock bemüht sich darum, die Stelle der Fair-Trade-Koordinatorin zu verstetigen. Nach den spektakulären Aktionen der Vergangenheit geht es nun darum, dass Fairer Handel Teil des Rostocker Alltagslebens wird. So gibt es inzwischen beispielsweise in den Mensen der Universität Rostock fair gehandelte Produkte.



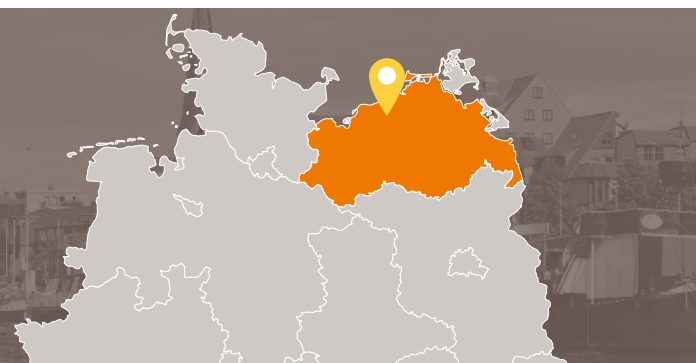
Rostock → Mecklenburg-Vorpommern



Einwohnerzahl:
206.000



Oberbürgermeister:
Roland Methling



FAIRER HANDEL IST TEIL DES TÄGLICHEN LEBENS

„Fairer Handel und Umweltschutz sind Zukunftsfragen“, sagt Rostocks Sprecher Ulrich Kunze. Sie sind vor allem unerlässlich, wenn es um das Erreichen des SDG 8 geht. Dafür braucht es Sicherheit am Arbeitsplatz für alle Menschen. Überall auf der Welt müssen Menschen von ihren Löhnen leben können, nicht nur überleben und Zwangs- und Kinderarbeit müssen abgeschafft sein. Fairer Handel ist ein Schlüssel dazu. In Rostock ist Fairer Handel politisch manifestierter Wille. Der Rat der Stadt, die Bürgerschaft, hat entsprechende Beschlüsse gefasst.

Das Engagement und der globale Blick auf die Wirtschaft haben in der Stadt an der Warnow Tradition – spätestens seit der friedlichen Revolution in den Jahren 1989/1990. Damals, so Kunze, hätten sich die Aktivisten der Eine-Welt-Bewegung und der studentischen Umweltbewegung erstmals Gehör verschaffen können. Die Ideen und Ansichten tragen bis in die Gegenwart. Für die Rostocker ist klar, dass sie zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN ihren Teil beitragen möchten.

„FAIRTRADE-TOWN UND HAUPTSTADT DES FAIREN HANDELS“
2013 gewann Rostock den Wettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“, ausgelobt von der SKEW. Die Stadt hat öffentlichkeitswirksam das Thema Fairer Handel mit Leben gefüllt.

Verbunden mit dem Gewinn des SKEW-Wettbewerbs war ein Preisgeld von 30.000 Euro. Davon bezahlt die Stadt eine Fair-Trade-Koordinatorin. Sie sei enorm wichtig, erklärt Kunze, weil bei ihr alle Aktivitäten und Fäden zusammenlaufen. Zumal es seit der Verleihung des Titels zahlreiche Aktionen gegeben habe. Im Bereich nachhaltige Textilien gab es beispielsweise eine Modenschau mit Bekleidung aus fairem Handel und sozialverträglicher Produktion, sie stand unter dem Motto: „Faire Mode auf dem Laufsteg“. Auch ein T-Shirt-Tausch und ein Upcycling-Atelier zählen zu den Aktionen, mit denen zahlreiche Rostocker auf fairen Handel aufmerksam geworden sind.

Im Rahmen der Kampagne Fair Trade Towns erfüllt die Stadt fünf Kriterien, die zeigen, dass das Engagement für fairen Handel fest in der Kommune verankert ist. Dazu gehört, dass der Einzelhandel Produkte aus fairem Handel anbietet. Bei allen öffentlichen Sitzungen wird fair gehandelter Kaffee



Die Stadt Rostock legt viel Wert auf fair gehandelte Produkte.
(Foto: Thomas Häntzschel / nordlicht)

und ein weiteres fair gehandeltes Getränk ausgeschenkt und weitere Produkte aus dem Fairen Handel angeboten. In öffentlichen Einrichtungen wie Schulen werden fair gehandelte Produkte genutzt und Fairer Handel wird in Bildungsveranstaltungen thematisiert. Eine lokale Steuerungsgruppe koordiniert die Anstrengungen und die lokalen Medien berichten darüber.

DER APFEL-MANGO-SAFT

Heute bieten über 80 Geschäfte und 40 gastronomische Betriebe in Rostock Produkte aus fairem Handel an. Am bekanntesten ist laut Kunze der Apfel-Mango-Saft: eine Mischung einer regionalen Apfelsorte mit Mangos aus fairem Anbau auf den Philippinen. Davon sind bis heute schätzungsweise 100.000 Liter verkauft worden.

Jetzt geht es für die alte Hansestadt darum, die Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Die Stelle der Fair-Trade-Koordinatorin müsse weiter finanziert werden, sagt Kunze: „Sie hält das Ganze am Laufen“. Für die Zukunft wird es verstärkt darum gehen, das Thema Fairer Handel im Alltagsleben der Rostockerinnen und Rostocker zu verankern.

INTERNETADRESSEN

www.rostock.de/fairtrade
www.eine-welt-mv.de
www.fair-plus-regional.de
www.textilbuendnis.com

SDG 9: EINE BELASTBARE INFRASTRUKTUR AUFBAUEN, INKLUSIVE UND NACHHALTIGE INDUSTRIALISIERUNG FÖRDERN UND INNOVATIONEN UNTERSTÜTZEN

9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR



Industrie, Innovation und Infrastruktur – drei Bereiche, die im Kern die Grundlage unseres wirtschaftlichen Zusammenlebens ausmachen – und die einander bedingen: ohne Innovationen keine Infrastruktur, ohne Infrastruktur keine Industrie. Das gilt auch für eine nachhaltigere Zukunft. Es geht um einen gleichberechtigten Zugang zur Infrastruktur, ebenso um den Einsatz von sauberen Technologien, die zu einer ressourcenschonenden Produktion führen.

MIT DEM RAD DURCH WUPPERTAL

→ UM WAS GEHT ES?

Die Nordbahntrasse in Wuppertal ist seit 2014 ein Fuß-, Rad- und Freizeitweg. 100.000 Menschen bietet sich mit dem fast ebenen Weg in der bergigen Stadt eine Alternative zum Auto. Gleichzeitig konnten durch die Umnutzung wichtige Kulturbauwerke wie Brücken, Tunnel und Viadukte erhalten werden.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Seit 2006 wurden insgesamt 22 Kilometer stillgelegte Bahnstrecke als Geh-, Rad- und Freizeitweg reaktiviert. Vor allem an Brücken und Tunneln mussten umfangreiche Wiederherstellungsmaßnahmen erfolgen. Es wurden Fördergelder aus EU-, Bundes- und Landesprogrammen beantragt sowie Spendengelder gesammelt.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Der Bürgerverein „Wuppertalbewegung e. V.“ hat sich seit 2006 mit einer Machbarkeitsstudie für eine Umnutzung der Trasse eingesetzt. Der Rat der Stadt Wuppertal hat 2009 einer Umsetzung des Projektes zugestimmt. Im Umfeld der Trasse hat die Stadt in vielen Straßen Radfahrstreifen angelegt und rund 130 Einbahnstraßen in Gegenrichtung frei gegeben. Der Verein selbst sammelte 3,3 Millionen Euro Spendengelder ein.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Die Strecke wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Beim ADFC-Fahrradklimatest 2014 wurde Wuppertal als „Aufholerstadt des Jahres“ ausgezeichnet, 2016 gab es in dieser Kategorie den zweiten Platz. Die Stadt arbeitet derzeit unter Bürgerbeteiligung an einem neuen Radverkehrskonzept. Die Förderung des Radverkehrs ist eins von 13 Schlüsselprojekten für die Stadtentwicklungsstrategie „Wuppertal 2025“.



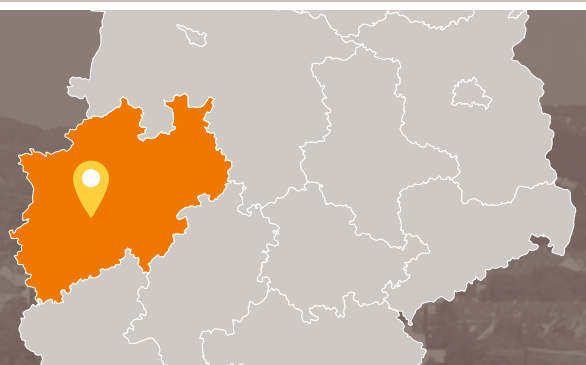
Wuppertal → Nordrhein-Westfalen



Einwohnerzahl:
358.523



Oberbürgermeister:
Andreas Mucke



BÜRGER SCHAFFEN NACHHALTIGE INFRASTRUKTUR

Infrastruktur – das klingt nach Autobahn, Flughäfen, oder Stromnetzen. Dabei meint der Begriff noch viel mehr. Zu nachhaltiger Infrastruktur zählen erneuerbare Energien ebenso wie innovative Mobilitätskonzepte. Nachhaltigkeit bedeutet zudem, die alte, nicht mehr benötigte Infrastruktur mit neuen Nutzungskonzepten weiterzuentwickeln. Bei der sogenannten „Nordbahntrasse“ in Wuppertal ist genau dies geschehen.

Entlang der alten Bahnstrecke durch die Stadt führt heute ein 22 Kilometer langer Fuß- und Radweg – flach und nahezu kreuzungsfrei. Ein Quantensprung für den Radverkehr, der aufgrund der bergigen Lage in Wuppertal vorher ein Nischendasein fristete. Im direkten Einzugsgebiet des Wegs leben etwa 100.000 Menschen, die damit eine Alternative zum Auto haben. Die Nordbahntrasse ist nachhaltige Infrastruktur, die gleichzeitig zu einer nachhaltigen Stadt (SDG 11) und zum Klimaschutz (SDG 13) beiträgt. Zudem konnten durch den Ausbau der Trasse bedeutende Kulturbauten wie Viadukte, Tunnel und Brücken erhalten werden.

Als Teil der 1999 stillgelegten „Rheinischen Strecke“ zwischen Düsseldorf und Dortmund lag die Trasse lange brach. Pläne für eine Umnutzung als Radweg gab es früh, allerdings fehlte es der Stadt Wuppertal an den nötigen Mitteln zur Finanzierung.

BÜRGERVEREIN LEGT GRUNDSTEIN

Erst 2006 lebte die Idee wieder auf, als 21 Wuppertaler Bürgerinnen und Bürger den Verein „Wuppertalbewegung e. V.“ gründeten. Der Verein legte eine Machbarkeitsstudie zur Umnutzung der Trasse vor und regte eine Finanzierung über EU-Mittel und Spendengelder an. Das Ziel: Ein Fuß-, Rad- und Freizeitweg, unabhängig vom Autoverkehr.

Unterstützung von der Stadt habe es am Anfang keine gegeben, sagt Carsten Gerhardt, erster Vorsitzender der Wuppertalbewegung. „Es war ein jahrelanger Kampf“, sagt er. Bei Mitmachaktionen zeigte sich das große Interesse der Bürgerinnen und Bürger: Sie entholzten die Trasse und reinigten mehr als 70.000 Quadratmeter Nutzfläche. Schon 2007 entstand ein etwa 100 Meter langes Musterstück des Radweges.



Der neue Fuß- und Radweg führt auch durch alte Bahntunnel wie den Rotter Tunnel. (Foto: C. Mrozek)

Daraufhin beschloss auch der Rat der Stadt, die Wuppertalbewegung zu unterstützen. Es folgten Förderanträge bei EU und Land, der Verein sammelte Spenden in Höhe von 3,3 Millionen Euro und warb dazu rund 12 Millionen Euro an Fördergeldern ein. 2010 begann die vom Verein gegründete Nordbahntrassen GmbH mit dem Ausbau des ersten Abschnittes. Ende 2014 wurde die gesamte Trasse für die Bürgerinnen und Bürger geöffnet. „Die Nordbahntrasse ist ein hervorragendes Beispiel für gelungenes bürgerschaftliches Engagement“, sagte der damalige NRW-Verkehrsminister Michael Groschek zur Eröffnung. Die Wuppertalbewegung und ihre Unterstützer hätten Beachtliches geleistet. In der Tat: Mit 2,5 Millionen Euro Spendengeldern in bar, 0,8 Millionen Euro an Sachleistungen sowie durch Eigenleistung und Arbeitsmarktprojekte im Wert von 1,6 Millionen Euro hat der Bürgerverein erheblich zur Finanzierung und zur Umsetzung des Projektes beigetragen. Die Kosten der Reaktivierung der Nordbahntrasse belaufen sich insgesamt auf rund 30 Millionen Euro.

DER AUFWAND LOHNT SICH

Die Instandhaltung der Trasse liegt heute in gemeinsamer Verantwortung von Stadt und Verein. Inzwischen laufe auch die Zusammenarbeit mit der Stadt sehr gut, sagt Gerhardt. „An schönen Tagen ist die Trasse trotz ihrer sechs Meter Breite schon fast zu voll“, sagt Gerhardt. Die Stadt selbst arbeitet derzeit unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an einem neuen Radverkehrskonzept. Die Förderung des Radverkehrs ist zudem eines von 13 Schlüsselprojekten der Stadtentwicklungsstrategie „Wuppertal 2025“. Das Ziel: Bis 2025 soll Wuppertal Fahrradstadt werden.

INTERNETADRESSE

www.nordbahntrasse.de



Ungleichheit und Diskriminierung zu reduzieren, ist ein Ziel der Agenda 2030. Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen soll ebenso bekämpft werden wie die ungleiche Verteilung von Chancen. Alle Menschen sollen an wirtschaftlichem Fortschritt und sozialen Errungenschaften teilhaben, unabhängig von ihrem Einkommen, ihrem Geschlecht, ihrem Alter, ihrer Ethnizität, Herkunft oder Religion und unabhängig davon, ob sie eine Behinderung haben oder nicht.

AM LEBEN TEILHABEN

→ UM WAS GEHT ES?

Die Verbandsgemeinde Nieder-Olm ist dabei, ihren Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung zu verwirklichen. Eine Vielzahl von Maßnahmen soll behinderten Menschen die Teilhabe am Gemeindeleben ermöglichen. Damit wird zugleich ein Bewusstsein für ihre Bedürfnisse bei allen Bürgerinnen und Bürgern geschaffen.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Bescheide wie jener über die Grundsicherung im Alter werden in „leichter Sprache“ zur Verfügung gestellt. Im Rathaus hat die Gemeinde ein taktiles Leitsystem für Blinde finanziert, in der Schule einen Aufzug. Und seit 2011 gibt es das Ferienangebot auch für Kinder mit Behinderung. Maßnahmen wie diese sorgen in ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen für mehr Teilhabe.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

2010 installierte die Verbandsgemeinde Nieder-Olm einen Beirat für Menschen mit Behinderung. Ein Jahr später brachte Nieder-Olm als erste Verbandsgemeinde in Rheinland-Pfalz einen Aktionsplan für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf den Weg. Inzwischen ist die Sensibilität für die Bedürfnisse behinderter Menschen gewachsen.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Die Verbandsgemeinde Nieder-Olm evaluiert in regelmäßigen Abständen die Fortschritte bei der Umsetzung des Aktionsplans. Vereine, Kirchen und weitere Organisationen sollen als Partner gewonnen werden. Außerdem hat die Verbandsgemeinde sich bei „Aktion Mensch“ als Modellkommune für „Kommune inklusiv“ beworben, einer Untersuchung von Inklusion in Gemeinden.



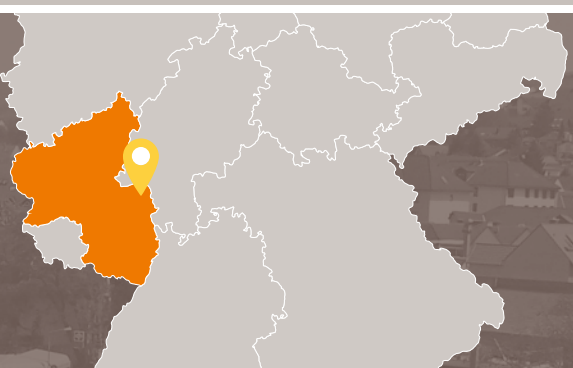
Nieder-Olm → Rheinland-Pfalz



Einwohnerzahl:
32.390



Bürgermeister:
Ralph Spiegler



TEILHABE MUSS NICHT TEUER SEIN

Ungleichheit und Diskriminierung abbauen: Um SDG 10 der Agenda 2030 Wirklichkeit werden zu lassen, muss sich in vielen Bereichen unserer Gesellschaft etwas ändern. Die Verbandsgemeinde Nieder-Olm engagiert sich dafür, dass behinderte Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Dazu hat Nieder-Olm 2010 einen Beirat für Menschen mit Behinderungen einberufen. Ein Jahr später hat die Kommune, als erste Verbandsgemeinde in Rheinland-Pfalz, einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung verabschiedet. „Wir haben mit offenen Augen eine Reise durch die Verbandsgemeinde gemacht“, sagt Ralph Spiegler, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm. Wo drückt der Schuh? Wie lässt es sich ändern? In enger Abstimmung mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung, dem Bürgermeister und den zuständigen Fachgremien wurden Ziele definiert und ein Zeitrahmen für die Umsetzung des Aktionsplans, also des Aufgabenkatalogs, abgesteckt.

Es sind sehr unterschiedliche Bereiche, in denen mehr Teilhabe möglich gemacht werden muss. Eines der ersten Projekte, das die Gemeinde umgesetzt hat, war der inklusive Ferienpass. Das Ferienangebot für Schülerinnen und Schüler wurde für Kinder mit Beeinträchtigungen geöffnet. In Nieder-Olm hat sich viel bewegt in den letzten Jahren: Eine Schule wurde mit einem Aufzug ausgestattet, außerdem wurde das Rathaus-Foyer barrierefrei gestaltet. Bauliche Maßnahmen wie diese sind teuer. Doch fehlende Aufzüge sind nicht das Einzige, das Menschen mit Behinderung die Teilnahme am alltäglichen Leben verwehrt. „Es geht häufig um die kleinen Maßnahmen, die nicht so teuer sind“, sagt Spiegler. So gibt es im Rathaus inzwischen taktile Türschilder, die blinde Menschen entziffern können. Es gibt eine Reihe von amtlichen Bescheiden in „leichter Sprache“, also einfach zu lesen und zu verstehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung wurden in den Grundlagen der Gebärdensprache geschult.

Spiegler hat festgestellt, dass alle profitieren können, wenn man auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung Rücksicht nimmt: Behördenbriefe, die leicht verständlich sind, oder ein Blindenleitsystem, das es auch Menschen ohne Sehbehinderung leichter macht, den Weg zum Bürger-



Im Rathaus führt ein taktiles Leitsystem Menschen an ihr Ziel.
(Foto: Verbandsgemeinde Nieder-Olm)

büro zu finden. „Die Erkenntnis, dass es allen dient, setzt sich immer mehr durch“, sagt Spiegler.

Die Fortschritte werden in regelmäßigen Abständen evaluiert. Was ist gelungen? Wo war der Plan zu ehrgeizig? Was kann noch getan werden? Gerade hat sich die Kommune bei „Aktion Mensch“ als Modellkommune für „Kommune inklusiv“ beworben. Dabei geht es darum, wie Sozialräume inklusiv gestaltet und weiterentwickelt werden können.

Eine der großen Aufgaben ist es, alle für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren. Es ist wichtig, dass man sich begegnet und miteinander spricht, um zu wissen, welche Herausforderungen der Alltag für behinderte Menschen birgt. Der Beirat für Menschen mit Behinderung habe dazu viel beigetragen, sagt Spiegler. Er habe hervorragende Überzeugungsarbeit geleistet und es geschafft, auf Probleme aufmerksam zu machen und dazu zu motivieren, sie zu beseitigen. Auch Vereine und Kirchen können die Bemühungen um mehr Teilhabe unterstützen. Der Tatendrang in der Verbandsgemeinde Nieder-Olm ist ungebrochen: „Unser Wunsch ist es, in allen Dingen die Belange von behinderten Menschen in Planungen, Entscheidungen und Umsetzungen im Blick zu haben, ungefähr so, wie es eine Selbstverständlichkeit ist, beim Bau eines Hauses die Statik prüfen zu lassen“, sagt Gracia Schade, Vorsitzende des Beirates für Menschen mit Behinderung.

INTERNETADRESSEN

www.vg-nieder-olm.de

www.aktion-mensch.de/kommune-inklusiv

SDG 11: STÄDTE UND SIEDLUNGEN INKLUSIV, SICHER, WIDERSTANDSFÄHIG UND NACHHALTIG GESTALTEN



Städte, Gemeinden und Kreise sind Trägerinnen der Daseinsvorsorge. Die Herausforderungen, die Kommunalentwicklung und kommunales Management bewältigen müssen, lassen sich jedoch zunehmend nur sektorübergreifend bewältigen: Klimawandel, demografische Entwicklung, Migration, Inklusion. Vernetzte Strategien sind notwendig, um die nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene umzusetzen.

NACHHALTIGKEIT KENNT KEINE SEKTOREN

➔ **UM WAS GEHT ES?**

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept der Stadt Neumünster (ISEK) ist ein Instrument zur ganzheitlichen Stadtentwicklungsplanung. Informationen werden systematisiert und so transparent dargestellt, dass sie Verwaltung und Politik bei der Entscheidungsfindung unterstützen können.

➔ **WAS WURDE GEMACHT?**

Um die sektorale Organisation der Kommune zu durchbrechen, hat die Stadt Neumünster 2014 eine Geschäftsstelle für die ISEK-Arbeit eingerichtet, die an das Fachressort Stadtplanung und Stadtentwicklung angeschlossen ist. Diese ISEK-Geschäftsstelle erhält Unterstützung von einer ressortübergreifenden ISEK-Arbeitsgruppe.

➔ **WIE WURDE ES UMGESETZT?**

Alle ein bis zwei Monate trifft sich eine Arbeitsgruppe, an der von der Haushaltsplanung über die Statistik- und Gleichstellungsstelle bis zu Integrationskoordination und Personalrat alle Ressorts beteiligt sind. Die Arbeitsgruppe trägt Informationen zusammen, bespricht die Aufgaben und berichtet alle drei Monate an Verantwortliche aus Politik und Verwaltung.

➔ **WIE GEHT ES WEITER?**

Ziel ist eine Erweiterung des Haushaltsberichtswesens um ein Ampelsystem, aus dem klar hervorgeht, welche ISEK-Schlüsselmaßnahmen abgeschlossen, welche in der Umsetzung, welche noch geklärt und welche von der Verwaltung empfohlen werden. Durch die Verknüpfung von ISEK-Zielen und Maßnahmen über die Haushaltsplanung sind, anders als beim Konzept auf Papier, jederzeit Aktualisierungen möglich. So entsteht ein dynamisches Steuerungsinstrument.



Neumünster ➔ Schleswig-Holstein



Einwohnerzahl:
81.000



Oberbürgermeister:
Dr. Olaf Tauras



INTEGRIERTE STADTENTWICKLUNG BEI DER STADT NEUMÜNSTER

Städte nehmen nur zwei Prozent der weltweiten Landfläche ein und doch wohnt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Räumen – Tendenz steigend. SDG 11 trägt der zunehmenden Urbanisierung Rechnung und konzentriert sich auf nachhaltige Kommunalplanung und -steuerung als Garant für die Lebensqualität der Weltbevölkerung. Die Kriterien einer nachhaltigen Kommunalentwicklung reichen dabei von sauberer Luft, über bezahlbaren Wohnraum, sichere Verkehrswege bis zu Inklusion oder dem Schutz vor Katastrophen.

Bei der Vielzahl von Aufgaben, die eine Stadt zu bewältigen hat, geraten einzelne Ziele leicht mal aus dem Blickfeld der handelnden Personen. Das gilt für eine Stadtverwaltung ebenso wie für die politischen Entscheidungsträger. Ziel der UN ist es, bis 2030 die Zahl der Städte zu steigern, die integrierte Politiken zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben beschließen und umsetzen. Bei der Stadt Neumünster entsteht mit „ISEK“ derzeit ein solches Steuerungssystem.

EIN KONZEPT WIRD WIRKLICHKEIT

Jede Kommune kennt das: Ein Konzept wird erarbeitet, diskutiert, beschlossen und irgendwann verschwindet es in einer Schulblende. So ähnlich erging es auch dem „ISEK Neumünster 2020“. Es wurde 2006 entwickelt, um die städtische Identität, die Wohn- und Lebensqualität vor Ort zu stärken. 2013 beschloss der Rat der Stadt, das Konzept fortzuschreiben, aber diesmal wollte man es besser machen. „Die Absicht war, ein System zu erarbeiten, das dynamisch reagiert und das jederzeit von allen genutzt werden kann“, sagt die städtische Fachplanerin Uta Rautenstrauch. Erster Meilenstein zur Etablierung der nachhaltigen Steuerung ist ein neues ISEK-Zielsystem, das der Rat der Stadt im November 2016 nach intensiven Abstimmungen und einem intensiven Diskussionsprozess beschlossen hat.

Definiert wurden fünf übergeordnete Ziele: Neumünster als Oberzentrum erhalten und stärken; die Einwohnerzahl stabilisieren bzw. auf 80.000 bis 90.000 erhöhen; verschiedene Bevölkerungsgruppen und ihre besonderen Bedürfnisse berücksichtigen; Alleinstellungsmerkmale und ein besonderes Profil aufbauen und die (Innen-)Stadt attraktiver machen.



In Neumünster unterstützt ein Integriertes Stadtentwicklungskonzept die Stadtentwicklungsplanung. (Foto: Stadt Neumünster)

Unter diesem „Dach“ nutzt die Stadt die sechs Produktbereiche des kommunalen Haushalts als Handlungsfelder, von „Zentrale Verwaltung“ über „Gestaltung der Umwelt“ bis „Zentrale Finanzleistungen“. Die Produktbereiche sind mit Produktbereichszielen versehen. Die Schlüsselmaßnahmen, die die Stadt beschließt, müssen sich diesem Zielsystem zuordnen lassen: Die Entwicklung eines neuen Internetauftritts ist eine Schlüsselmaßnahme im Produktbereich „Zentrale Verwaltung“ und gehört zum Produktbereichsziel „Verwaltung modernisieren“, die Entwicklung eines neuen Wohngebietes ist dem Produktbereich „Gestaltung der Umwelt“ und dem Produktbereichsziel „Wohnstandort attraktiv gestalten“ zuzuordnen, die Anpassung der Hebesätze örtlicher Steuern dient dem Ziel „Finanzpolitisch nachhaltig handeln“ im Produktbereich „Zentrale Finanzleistungen“.

Diese Informationen werden den entsprechenden Produkten im doppelten Haushaltsplan zugeordnet. Weil das System für alle Mitarbeitenden der Verwaltung und auch für die Politikerinnen und Politiker einsehbar ist, werden der Haushalt und die Vorhaben der Stadt transparenter. Jeder kann künftig nachschauen, woran in der Kommune gerade gearbeitet wird. Uta Rautenstrauch ist überzeugt: „Mit einer besseren Informationsgrundlage wird auch die Entscheidungsfindung verbessert oder zumindest transparent.“ Und wenn sich bei einem Ziel ein Jahr nichts getan hat, muss hinterfragt werden, ob das Ziel aufrechterhalten werden soll.

INTERNETADRESSE

www.neumuenster.de



Das SDG 12 steht für die Förderung von nachhaltigen Konsum- und Produktionsweisen. Das heißt: unser wirtschaftliches Leben dauerhaft so zu organisieren, dass Konsum nicht zu Lasten von Umwelt und Menschen geht – weder hier vor Ort noch in anderen Ländern. Die natürlichen Ressourcen effizienter einsetzen, die Natur schützen, Menschenrechte und Sozialstandards achten und Handel fair gestalten – das sind die Herausforderungen.

MEHRWEG-PFANDSYSTEM FÜR KAFFEEBECHER IN FREIBURG

→ UM WAS GEHT ES?

Der Kaffee zum Mitnehmen erfreut sich vor allem in Städten großer Beliebtheit. Die Kehrseite: Es fallen enorme Mengen an vermeidbarem Müll an, wodurch die Umweltbelastung steigt. Allein in der Stadt Freiburg müssen jährlich 12 Millionen Wegwerf-Becher als Restmüll entsorgt werden. Mit einem Mehrweg-Pfandsystem will die Stadt dieser Entwicklung entgegenwirken.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Seit November 2016 gibt es in der Freiburger Innenstadt bei teilnehmenden Cafés, Bäckereien und Restaurants den „Freiburg-Cup“ – einen Mehrwegbecher für Kaffee zum Mitnehmen. Das Pfand beträgt einen Euro, die Becher können bei allen teilnehmenden Geschäften zurückgegeben werden, sie werden gespült und wiederverwendet.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Der „Freiburg-Cup“ ist eine gemeinsame Aktion der Stadt Freiburg und der Freiburger Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (ASF). Sie stellen den Cafébetreibern die Mehrwegbecher kostenlos bereit. Die Stadt trägt die Kosten für die Einführung des Systems, die Koordination liegt bei der ASF. An der Konzeptionierung war auch die Freiburger Gastronomie beteiligt.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Nach anfänglich 14 Cafés waren es vier Monate nach Einführung schon 72 Betriebe, die als Partner gewonnen wurden. Das Pfandsystem ist auf weitere Stadtteile ausgeweitet worden. Die Stadt und die ASF planen, das System binnen eines Jahres zu etablieren und anschließend an ein privates Dienstleistungsunternehmen zu übergeben.



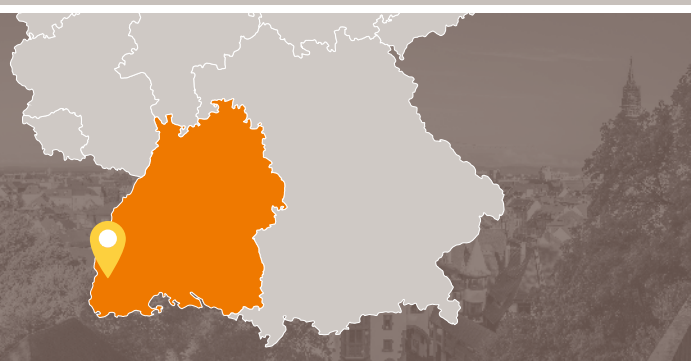
Freiburg → Baden-Württemberg



Einwohnerzahl:
226.393



Oberbürgermeister:
Dieter Salomon



NACHHALTIGKEIT TO GO

Ein wichtiges Unterziel auf dem Weg zu nachhaltigem Wirtschaften ist die Herausforderung der Abfallvermeidung. Dabei geht es nicht zuletzt darum, bisherige Fehlentwicklungen zu erkennen und anzugehen. Ein Beispiel dafür: Kaffeebecher zum Mitnehmen.

Laut der Deutschen Umwelthilfe werden in Deutschland stündlich 320.000 Coffee-to-go-Becher verbraucht – fast drei Milliarden Becher pro Jahr. Eine gewaltige Zahl, die allein dadurch entsteht, dass die Menschen seit einigen Jahren ihren Kaffee zum Mitnehmen bestellen. Das Problem: Bei den Einwegbechern handelt es sich um Müll, der nicht recycelt wird. Schon bei der Herstellung werden überwiegend neue Papierfasern verwendet. Hinzu kommen eine Kunststoffbeschichtung innen und Deckel oder Rührstäbchen – ebenfalls aus Kunststoff. Aus ökologischer Sicht ist der Preis für den Kaffeebecher zum Mitnehmen also hoch. Zu hoch, findet die Stadt Freiburg – und geht gegen das Problem vor.

Im November 2016 hat die Stadt als erste Großstadt in Deutschland ein Mehrweg-Pfandsystem für Kaffeebecher eingeführt. Auf Initiative des städtischen Umweltdezernats wurde gemeinsam mit der Freiburger Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (ASF) der sogenannte „Freiburg-Cup“ entwickelt: ein stabiler, spülmaschinenfester Mehrwegbecher, der Cafés und Bäckereien kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Bei teilnehmenden Cafés können die Kunden seitdem wählen, ob sie ihren Kaffee lieber in einem Mehrwegbecher zum Pfandpreis von einem Euro mitnehmen wollen. Das Pfand bekommen sie bei allen teilnehmenden Geschäften zurück-erstattet. Die Becher werden gespült und wiederverwendet. Die Kosten für die Mehrwegbecher – bisher ca. 24.000 Euro – trägt die Stadt Freiburg, die Koordination übernimmt die ASF.

PFANDSYSTEM DAUERHAFT ETABLIEREN

Für beteiligte Cafés entstehen keine Kosten, auch deshalb ist das Interesse verhältnismäßig groß. „Durch das breite Medienecho am Anfang der Aktion wurde der Becher schlagartig zum Stadtgespräch. Alle wollten ihn haben – und die Beliebtheit des Freiburg-Cups hat sich gehalten“, sagt Michael Broglin, Geschäftsführer der ASF. Die Zahlen belegen es: Vier Monate nach dem Start des Projektes beteiligen sich bereits 72 Geschäfte. Das Pfandsystem ist inzwischen über die Innenstadt hinaus auf weitere Stadtteile ausgeweitet



In Freiburg soll ein Mehrwegbecher für Coffee-to-go dabei helfen, Müll zu vermeiden (Foto: Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg GmbH (ASF GmbH))

worden. 14.000 Becher waren Ende März im Umlauf. ASF und Stadtverwaltung arbeiten weiter an der Optimierung des Pfandbechersystems. „So soll unter anderem der Rücklauf der gebrauchten Becher, beispielsweise durch einen über das Smartphone abrufbaren Stadtplan mit allen teilnehmenden Geschäften verbessert werden“, sagt Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik.

Denn bis das Pilotprojekt einen wirklichen Effekt erzielen wird, ist es noch ein weiter Weg. Allein in Freiburg fallen jedes Jahr 12 Millionen leere Becher an. Ziel von Stadt und ASF ist es, den „Freiburg-Cup“ innerhalb eines Jahres fest in der örtlichen Gastronomie zu etablieren. Da die ASF als Entsorgungsunternehmen nicht dauerhaft zum „Becherdienstleister“ werden soll, ist geplant, das etablierte Pfandbechersystem an ein Start-up-Unternehmen abzugeben, das damit eine ökologische und wirtschaftliche Zielsetzung verbinden kann.

Dabei könnte helfen, dass der Freiburg-Cup auch über die Stadtgrenzen hinweg Beachtung findet. Inzwischen sind auch in anderen deutschen Großstädten wie Hamburg, München oder Berlin Systeme zur Vermeidung von Einweg-Kaffeebechern eingeführt oder in Planung, die sich am Freiburger Beispiel orientieren.

INTERNETADRESSE

www.freiburg.de

SDG ZIEL 13: UMGEHEND MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS UND SEINER AUSWIRKUNGEN ERGREIFEN



Der Schutz des globalen Klimas ist eine der großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Das Ende 2015 in Paris verabschiedete UN-Klimaschutzabkommen setzt das internationale Ziel, den globalen Temperaturanstieg deutlich unter 2°C zu halten. Wird das nicht eingehalten, steigt die Gefahr unumkehrbarer Klimaänderungen, die Möglichkeiten von Menschen und Ökosystemen, sich an den Klimawandel anzupassen sinken. SDG 13 setzt auf internationale Kooperationen, um die globale Bedrohung Klimawandel zu bekämpfen.

KOMMUNAL HANDELN, GLOBALES ZIEL ERREICHEN

➔ **UM WAS GEHT ES?**

Seit 2011 verbindet die Landeshauptstadt Potsdam und Sansibar-Stadt eine Klimapartnerschaft. Im Rahmen des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften“ der SKEW tauschten sich die Partnerstädte in regelmäßigen Abständen aus und erarbeiteten ein gemeinsames Handlungsprogramm zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.

➔ **WAS WURDE GEMACHT?**

In Sansibar-Stadt gibt es eine Festwiese, die stark von Überflutungen betroffen ist. Um dem entgegenzuwirken, wurden von der Weltbank Drainagen finanziert. Flankierend dazu haben Potsdam und Sansibar Bäume gepflanzt. Die richtige Müllentsorgung wird thematisiert, Solarleuchten werden finanziert und Bildungsprojekte angestoßen. Außerdem pflegen die Universitäten in Potsdam und Sansibar-Stadt eine Partnerschaft, ebenso zwei Grundschulen.

➔ **WIE WURDE ES UMGESETZT?**

Seit 2008 gibt es in der Potsdamer Verwaltung eine Koordinierungsstelle Klimaschutz. Als die SKEW 2011 die Pilotphase des Projektes „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“ startete, beteiligte sich die Stadt Potsdam. Zu Sansibar gab es bereits Kontakte. Inzwischen gibt es eine Reihe von Projekten, mit denen Potsdam und Sansibar zum globalen Klimaschutz beitragen.

➔ **WIE GEHT ES WEITER?**

In Sansibar-Stadt gibt es eine Siedlung, die die DDR in den 1960ern dort gebaut hat. Hier sollen im Rahmen der Klimapartnerschaft die Außenanlagen der alten DDR Gebäude modernisiert werden. In Potsdam ist ein ähnliches Vorhaben mit der sozialverträglichen und energetischen Sanierung der Gartenstadt Drewitz geglückt.



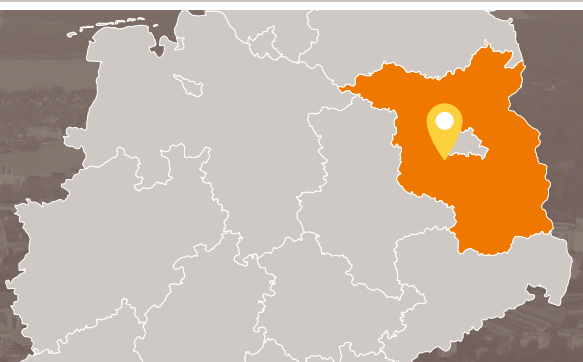
Potsdam ➔ Brandenburg



Einwohnerzahl:
170.000



Oberbürgermeister:
Jann Jakobs



GEMEINSAM FÜR KLIMASCHUTZ UND KLIMAFOLGENANPASSUNG

Der globale Temperaturanstieg muss begrenzt werden. Gleichzeitig ist es nötig, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu treffen. Zum Erreichen von SDG 13 ist das Einbeziehen von Maßnahmen zum Klimaschutz in nationale Politik ebenso nötig wie gemeinsame internationale Anstrengungen. Die SKEW hat deshalb das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ initiiert und unterstützt mittlerweile rund 60 Klimapartnerschaften weltweit. Eine davon ist die zwischen Potsdam und Sansibar-Stadt.

In der brandenburgischen Landeshauptstadt gibt es seit 2008 eine „Koordinierungsstelle Klimaschutz“. Sie übernahm auch die Regie, als Potsdam und Sansibar-Stadt 2011 eine Klimapartnerschaft eingingen. Zunächst trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der beiden Kommunen, um Anknüpfungspunkte zu finden. Im Raum standen die Fragen: Was haben wir gemeinsam? Und wie können wir uns gegenseitig unterstützen? „Auf kommunaler Ebene geht es schnell um Infrastruktur, Ressourcen, Geld“, sagt Cordine Lippert von der Koordinierungsstelle Klimaschutz in Potsdam: „Da kann man sich sehr gut helfen und Erfahrungen austauschen.“ Gleichzeitig kann Potsdam auch Infrastrukturprojekte in Sansibar-Stadt anstoßen. Über das Programm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa) wurden über die SKEW Mittel in Höhe von 60.000 Euro zur Umsetzung des gemeinsam entwickelten Konzepts weitergeleitet. Damit kann Potsdam Sansibar-Stadt bei einer großen Herausforderung unterstützen: Die zentrale Festwiese „Mnazi Mmoja Ground“ ist regelmäßig von Hochwasser betroffen. Mit Unterstützung der Weltbank konnten Drainagen finanziert werden. Flankierend wurden aus Nakopa-Mitteln 50 Bäume rund um die Wiese gepflanzt, die als Schutz dienen und zugleich Schatten für spielende Kinder und Sportler bieten. Außerdem wurden 20 Bänke und 20 Mülleimer aufgestellt und zwölf Solarlaternen installiert, um den Platz wieder attraktiver zu gestalten.

Neben den Infrastrukturprojekten gibt es eine Reihe von Programmen, die ein Bewusstsein für den Klimawandel schaffen sollen. So gibt es beispielsweise eine Partnerschaft zwischen zwei Grundschulen in Potsdam und in Sansibar-Stadt. Dort wurden Umweltteams gebildet und die Schülerinnen und Schüler schreiben sich Briefe, um zu erfahren,



Solaranlagen in Sansibar: Die afrikanische Stadt pflegt eine Klimapartnerschaft mit Potsdam. (Foto: Koordinierungsstelle Klimaschutz LHP)

wie der Alltag in fast 12.000 Kilometer Entfernung aussieht. Potsdam konnte außerdem die Industrie- und Handelskammer (IHK) als Unterstützer gewinnen, die mit Sansibar-Stadt eine Bildungspartnerschaft eingegangen ist. Dabei geht es darum, im Rahmen von „Train-the-Trainer-Programmen“, den theoretischen Unterbau bei der Berufsausbildung zu verbessern. Auch die Universitäten von Potsdam und Sansibar sind Partner in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung.

Seit 2016 wird ein weiteres Stadtentwicklungsprojekt vorbereitet: In Sansibar-Stadt steht eine in den 1960ern von der DDR gebaute Plattenbausiedlung, Kikwajuni. Dort soll die Infrastruktur verbessert werden und in der Siedlung Kilimani soll der ehemalige Botanische Garten reaktiviert werden. Außerdem gilt es, die illegale Müllkippe, die dort entstanden ist, zu beseitigen und dafür die Grünflächen wiederzubeleben. Vorbild dafür ist die Gartenstadt Drewitz in Potsdam. Die einst heruntergekommene Plattenbausiedlung ist heute ein attraktives Wohnumfeld. Kann diese Erfahrung nach Sansibar übertragen werden? Darüber machten sich sechs Monate lang vier Studentinnen und Studenten – zwei aus Deutschland, zwei aus Sansibar – Gedanken. Gefördert wurde ihre Arbeit über das ASA-Kommunal-Programm, ein Kooperationsprojekt der SKEW und des Lern- und Qualifizierungsprogramms ASA, das es jungen Menschen ermöglicht, sich entwicklungspolitisch zu qualifizieren. Sansibar-Stadt und Potsdam wollen sich weiter gemeinsam engagieren. Seit dem 28. April 2017 sind sie nicht nur Klimapartner. Die beiden Städte sind jetzt auch eine offizielle Städtepartnerschaft eingegangen, dabei geht es um wirtschaftliche Kooperation genau wie um zivilgesellschaftlichen Austausch.

INTERNETADRESSE
www.potsdam.de



Die empfindlichen Ökosysteme der Meere sind durch **Verschmutzung, Überfischung und Übersäuerung bedroht**. Um sie zu schützen, muss die Müll- und Nährstoffbelastung verringert werden. Es gilt, die Meeres- und Küstenökosysteme nachhaltig zu bewirtschaften und Anstrengungen zum Stopp der Versauerung zu unternehmen, die Überfischung zu beenden und Kleinfischern den Zugang zu Meeresressourcen und Märkten zu erleichtern.

LEBENSRAUM NORDSEE SICHERN

→ UM WAS GEHT ES?

Plastikmüll bedroht die Weltmeere. Die Insel Juist kämpft mit verschiedenen Maßnahmen gegen den Müll am Strand und setzt sich dafür ein, dass vor Ort weniger Plastikmüll anfällt. Zudem hat sich Juist mit den sechs anderen ostfriesischen Inseln Borkum, Norderney, Baltrum, Langeoog, Spiekeroog und Wangerooge sowie der Stadt Norden zum „Wattenmeer-Achter“ zusammengeschlossen. Gemeinsam wollen sie Nordsee und Küstenregion schützen.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Die Insel Juist hat gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) Gitterboxen an den Stränden aufgestellt, um Plastikmüll zu sammeln und zu entsorgen. Die anderen ostfriesischen Inseln haben die Gitterboxen übernommen.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Die Inselgemeinde Juist betreibt eine konsequente Nachhaltigkeitspolitik und hat die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas unterzeichnet.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Mit verschiedenen Projekten bemüht sich die Inselgemeinde Juist darum, dass auf der Insel weniger Plastikmüll anfällt. Sie hat entsprechende Beschaffungsrichtlinien verabschiedet, zudem wird speziell das Hotel- und Gastronomiegewerbe unterstützt, ebenfalls den Plastikeinsatz zu reduzieren.



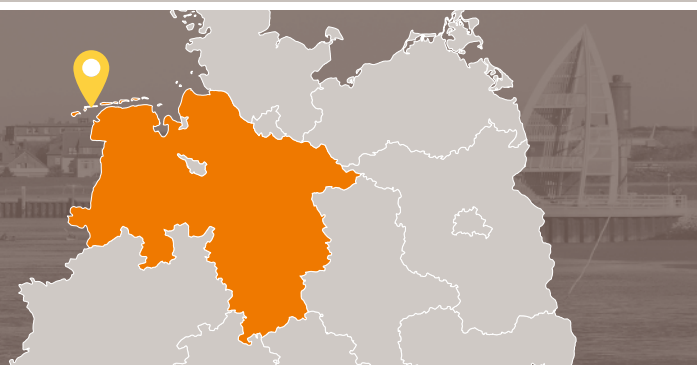
Juist → Niedersachsen



Einwohnerzahl:
1.596



Bürgermeister:
Tjark Goerges



PLASTIK BEDROHT DIE MEERE – AUCH DIE NORDSEE IST BETROFFEN

Der Lebensraum Meer ist bedroht. Vor allem vom Festland aus erreichen Giftstoffe und Plastikmüll die Ozeane. Derzeit gelangen jährlich etwa 6,4 Millionen Tonnen Plastikmüll weltweit in die Meere, 20.000 Tonnen davon in die Nordsee. Jedes Jahr sterben weltweit rund 10.000 Vögel und Meeressäuger an den Folgen der Meeresverschmutzung. Auch auf den Ostfriesischen Inseln werden jedes Jahr mehrere Tonnen Müll angespült. Das Ziel einer nachhaltigen Nutzung der Meeresressourcen muss es deshalb sein, jegliche Art von Meeresverschmutzung inklusive Meeresmüll und Überdüngung zu verhindern bzw. zu reduzieren.

GITTERBOXEN FÜR PLASTIKMÜLL

Die Bewohnerinnen und Bewohner der Ostfriesischen Inseln haben dem Plastikmüll den Kampf angesagt. Vorreiter ist die Insel Juist. Schon seit Jahren gibt es hier Aktionstage, bei denen Ehrenamtliche die Strände vom angespülten Müll säubern. Auch viele Urlaubsgäste halten die Strände während der Saison sauber.

Im Jahr 2010 hat die Verwaltung gemeinsam mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) das Projekt „Plastikfreies Juist“ begonnen. Ziel war es, das ehrenamtliche Müllsammeln zu unterstützen und die Entsorgung zu organisieren. „Wir haben Gitterboxen entwickelt, in denen wir den Plastikmüll sammeln“, sagt Nadja Ziebarth, Leiterin des BUND-Meeresschutzbüros in Bremen. Die Strandbesucherinnen und -besucher können darin den eingesammelten Abfall ablegen. „Die Inselgemeinde Juist holt den Müll dann ab und bringt ihn in den Hafen“, erklärt Thomas Vodde, Nachhaltigkeitsbeauftragter von Juist. Die endgültige Entsorgung auf das Festland wird vom Landkreis Aurich finanziert.

Und dabei geht es nicht nur um ein paar alte Fischernetze. „Es ist kein Spaß, wenn man sieht, was da alles am Strand angeschwemmt wird“, sagt Thomas Vodde. Von kleinen Plastikteilchen über Fernseher bis hin zu Kühlschränken sei alles dabei. Im Jahr 2013 fielen bei den Leerungen der Gitterboxen insgesamt 4,6 Tonnen Müll an. Auch deshalb hat die Gitterboxen-Idee inzwischen Einzug auf den anderen Ostfriesischen Inseln gehalten. Zum Umwelt- und Klimaschutzprogramm der Insel Juist gehören weitere Maßnahmen, die die Insel plastikfreier machen sollen: Eine Beschaffungsricht-



Die Insel Juist kämpft gegen Plastikmüll, zum Schutz des Meeres und der Küstenregion. (Foto: Hans-Werner Schultz / pixelio.de)

linie sorgt dafür, dass die Inselgemeinde bei Beschaffung und Einkauf auf die Vermeidung von Plastik achtet. Über das Programm „Kurze Wege zum Klimaschutz“ fördert das Bundesumweltministerium künftig die Anschaffung von Mehrwegtassen und Biobaumwollbeuteln. Sie werden der örtlichen Gastronomie kostenlos zur Verfügung gestellt, um Einwegbecher und Plastiktüten zu vermeiden. Die Hotels der Insel sollen künftig keine Duschgels mit Mikroplastik mehr verwenden. Die Menschen auf Juist setzen sich also längst im Sinne des Ziels 14 für den Erhalt der Meere ein. Passend dazu hat der Gemeinderat die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas unterzeichnet.

„WATTENMEER-ACHTER“

Der Schutz und der Erhalt der Küste ist ein gemeinsames Interesse der sieben Ostfriesischen Inseln Borkum, Juist, Norderney, Baltrum, Langeoog, Spiekeroog und Wangerooge sowie der Stadt Norden. Sie haben sich zum „Wattenmeer-Achter“ zusammengeschlossen, um ihre Probleme gemeinsam anzugehen. Die Insel-Verantwortlichen tauschen sich aus und entwickeln neue Ideen zum Schutz der Nordsee. Ziel ist es, das Meer und die Küste zu schützen, um Ökosysteme zu erhalten und gleichermaßen sanften Tourismus zu fördern.

INTERNETADRESSEN

www.juist.de

www.wattenmeer-achter.de

SDG 15: LANDÖKOSysteme SCHÜTZEN, WIEDERHERSTELLEN UND IHRE NACHHALTIGE NUTZUNG FÖRDERN, WÄLDER NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTEN, WÜSTENBILDUNG BEKÄMPFEN, BODEN-DEGRADATION BEENDEN UND UMKEHREN UND DEM VERLUST DER BIODIVERSITÄT EIN ENDE SETZEN



Um den Verlust der biologischen Vielfalt zu bekämpfen, braucht es viele verschiedene Strategien: Von nachhaltiger Waldbewirtschaftung bis zum Stopp der Wüstenbildung; vom Ende des Handels mit geschützten Pflanzen und Tieren bis zur Renaturierung der Berg-ökosysteme. Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Landökosysteme unterstützten dabei auch die Ziele der Ernährungssicherung (SDG 2), der Wasserversorgung (SDG 6) oder der Bekämpfung des Klimawandels (SDG 13).

NATUR UND MENSCH IM EINKLANG

→ UM WAS GEHT ES?

Die 18.000-Einwohner-Stadt Bad Saulgau in Baden-Württemberg ist beim Thema Naturschutz schon jahrzehntelang aktiv und ein Beispiel dafür, wie Kommunen die Biodiversität vor Ort fördern können. Zudem ist Bad Saulgau Mitglied im Verein „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ in dem sich 114 im Naturschutz engagierte Städte, Gemeinden und Landkreise zusammengeschlossen haben.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Seit 2016 sind in Bad Saulgau alle öffentlichen Grünflächen nach ökologischen Standards gestaltet. Das ist bundesweit einzigartig. Diese „Umwandlung von Einheitsgrün in artenreiche Anlagen“ ist das „Naturschutzprojekt des Jahres 2016“.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Reine Rasenflächen wurden zu artenreichen Blumenwiesen entwickelt, es braucht kaum noch Pestizide und Düngemittel. Diese Bunt-Flächen ziehen viele Vogel- und Insektenarten an. Anfangs skeptische Bürgerinnen und Bürger wurden durch Beteiligungsangebote und umfangreiche Kommunikation der Ziele überzeugt.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Aktuell entsteht ein sogenannter „Naturthemenpark“: Die vier Biodiversitätsthemen Pflanzen, Tiere, Geologie und Wasser werden über ganz Bad Saulgau vernetzt. Eben gestartet wurden die „Naturtouren“: Angelernte Naturführerinnen und -führer zeigen Besuchergruppen auf zweirädrigen Segway-Elektromobilen verschiedene Themengebiete.



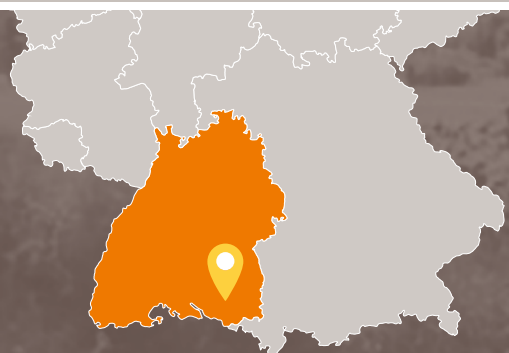
Bad Saulgau → Baden-Württemberg



Einwohnerzahl:
18.000



Bürgermeisterin:
Doris Schröter





MARKENZEICHEN NACHHALTIGKEIT

Für Bad Saulgau ist „Natur und Landschaft zum wichtigsten Marketingfaktor geworden“ – davon ist der städtische Umweltbeauftragte Thomas Lehenherr überzeugt. Über 300.000 Gästeübernachtungen im Jahr zählt die Stadt in Oberschwaben heute. Wohl auch dank des Titels „Landeshauptstadt der Biodiversität“ wollen Vertreterinnen und Vertreter vieler anderer Kommunen, Behörden und Verbände vor Ort erleben, wie hier Biodiversität gelebt wird.

Das SDG 15 ist grundsätzlich sehr weit gefasst. Von Kommunen fordert das Unterziel 15.5 konkret, die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen. Zudem sollen bedrohte Arten geschützt und ihr Aussterben verhindert werden.

DER UMWELTBEAUFTRAGTE ALS AUSLÖSER

1992 war das Jahr, in dem der Stadtrat von Bad Saulgau die Stelle des Umweltbeauftragten einrichtete: Der sollte „die Gemeinde ökologisch weiterbringen“, hieß die Maßgabe. Doch nicht der Umweltbeauftragte alleine, sondern die Einbindung von Bevölkerung, Vereinen, Bildungseinrichtungen, eigentlich aller relevanten Gruppen machte das von ihm erarbeitete ökologische Gesamtkonzept zum Erfolgsmodell.

IM BÜNDNIS MIT 114 KOMMUNEN VEREINT

Dabei war und ist Bad Saulgau nicht alleine: Das gesamte Bündnis von inzwischen 114 deutschen „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ mit Sitz in Radolfzell (Baden-Württemberg) sieht den Schutz der Biodiversität als zentrale Arbeitsaufgabe. Es formuliert grundlegende Ziele, „stellt Einzelprojekte und -aktivitäten in einen größeren Zusammenhang“, sagt Tobias Herbst, der Projektleiter des Bündnisses. Das Erfolgsmodell ist in allen beteiligten Kommunen gleich: Eine von politischen Gremien beschlossene Biodiversitätsstrategie schafft Verbindlichkeit und stärkt das Bewusstsein dafür, dass Naturschutz eine kommunale Gemeinschaftsaufgabe ist. „Leben – Natur – Vielfalt“ nennt der Verein diese Strategie.

VIELE EINZELMASSNAHMEN – EIN KONZEPT

In Bad Saulgau stellt das Nachhaltigkeitsteam um den Umweltbeauftragten Thomas Lehenherr und Stadtgärtnermeister Jens Wehner jede Menge Einzelmaßnahmen auf die Beine. Doch die verfolgen allesamt das große Ziel der biologischen Vielfalt im Ort. Beispiele dafür sind die mehrjährigen Blumenwiesen entlang von Straßen und Radwegen, oder die



Artenvielfalt statt Einheitsgrün: Blumenwiese entlang an einer Straße in Bad Saulgau. (Foto: Stadt Bad Saulgau)

entsiegelten Verkehrsinseln mit artenreichen, kiesverträglichen Stauden- oder Bankettmischungen.

Die vorherigen reinen Rasenflächen mussten 20-mal im Jahr gemäht werden, die über Jahre entstandenen vielfältigen Blumenwiesen dagegen nur noch zweimal. Zudem ziehen diese Bunt-Flächen viele Vogel- und Insektenarten an und sind auch noch schön anzusehen. Viele anfangs skeptische Bürgerinnen und Bürger wurden durch Beteiligungsangebote und umfangreiche Kommunikation der Ziele überzeugt. Zum Beispiel werden jedes Jahr Umweltwandertage und Informationsveranstaltungen entlang artenreicher Biotop- und innerstädtischer Anlagen für die Bevölkerung durchgeführt.

Angefangen hat die Umwandlung des öffentlichen Grüns vor über 20 Jahren. Heute gibt es fast doppelt so viel „Bunt“ wie damals. Mehr Personal ist dafür nicht im Einsatz. „Die Kosten für Grünpflege und Bepflanzungen sind stark gesunken“, heißt es vom Umweltbeauftragten Lehenherr.

UND ES GEHT WEITER...

Der geplante NaturThemenPark mit den vier Bereichen Wasser, Pflanzen, Tiere und Geologie führt alle Naturlehrpfade, Biotop- und sonstigen Umweltangebote zusammen. Dazu gibt es von Stadt und Tourismusbetriebsgesellschaft Naturführungen sogar mit Segway-Elektrorollern.

Ein ganz neues Projekt ist die „essbare Stadt“: Hier wachsen in den Pflanzkübeln der Innenstadt Gewürze oder Gemüse, alles zum Probieren.

INTERNETADRESSE

www.kommbio.de



SDG 16: FRIEDLICHE UND INKLUSIVE GESELLSCHAFTEN FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN, ALLEN MENSCHEN ZUGANG ZUR JUSTIZ ERMÖGLICHEN UND LEISTUNGSFÄHIGE, RECHENSCHAFTSPFLICHTIGE UND INKLUSIVE INSTITUTIONEN AUF ALLEN EBENEN AUFBAUEN



Das SDG 16 zielt darauf ab, friedliche und inklusive Gesellschaften zu schaffen, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige Institutionen aufbauen. Es geht darum, jegliche Gewalt und gewaltbedingte Sterblichkeit deutlich zu verringern, vor allem auch Missbrauch und Ausbeutung von Kindern. Hierzu sollen die Rechtsstaatlichkeit gestärkt, illegale Finanz- und Waffenströme drastisch eingeschränkt, die organisierte Kriminalität bekämpft werden.

BRÜCKEN BAUEN FÜR DEN FRIEDEN

→ UM WAS GEHT ES?

Das thüringische Jena unterhält mit der palästinensischen Stadt Beit Jala eine Städtepartnerschaft. Sie ist zugleich Bestandteil einer trilateralen Beziehung unter Einbeziehung des französischen Aubervilliers. Inzwischen etablierten die drei Städte auch kooperative Vereinbarungen mit Gilboa in Israel.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Die Kontakte nach Beit Jala entstanden nach einem Besuch des heutigen Jenaer Oberbürgermeisters Dr. Albrecht Schröter ab 1997 zunächst auf Bürgerebene. Es fanden gegenseitige Besuche von Vereinen, Kulturgruppen und Stadtdelegationen statt. Die Städtepartnerschaft wurde 2011 mit einem Festakt in Beit Jala unterzeichnet.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Einen zentralen Anknüpfungspunkt bildet das jährliche Friedens- und Kulturfest in Beit Jala. Zu diesem reisen Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Politik und Verwaltung, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Sport- und Kulturensembles nach Palästina. In 2015 wurde in Jena zusammen mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) die 2. Deutsch-Palästinensische kommunale Partnerschaftskonferenz durchgeführt. Im September 2017 wurde die Reihe mit der dritten Partnerschaftskonferenz in Jericho fortgeführt.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Die Begegnungsarbeit zwischen Jena und Beit Jala wird intensiv weiterentwickelt. Darüber hinaus existiert ein aktives Netzwerk aus acht weiteren deutsch-palästinensischen (Projekt-)Partnerschaften. Dieses von der SKEW unterstützte Netzwerk schafft Raum für Begegnung, Vernetzung und Austausch von kommunalem Know-How.



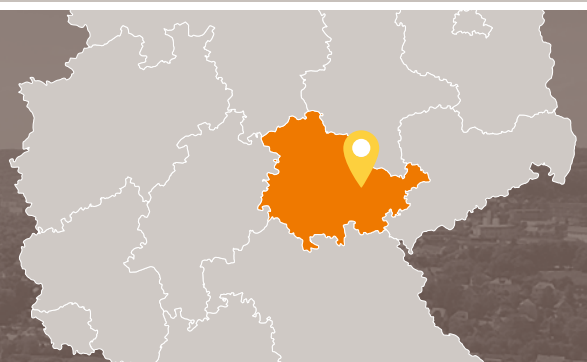
Jena → Thüringen



Einwohnerzahl:
110.000



Oberbürgermeister:
Dr. Albrecht Schröter



AUS ZUSAMMENARBEIT WIRD FREUNDSCHAFT

Friedliche Gesellschaften zu schaffen ist ein zentrales Ziel der Agenda 2030. Der Weg zu Frieden und Freundschaft ist oft lang, doch er lohnt sich. Das zeigt die Städtepartnerschaft zwischen dem thüringischen Jena und Beit Jala im Westjordanland. Sie begann mit zwei Reisen des damaligen Jenaer Pfarrers Albrecht Schröter nach Palästina. 1995 besuchte er auch Beit Jala, wo eine der weltweit ältesten christlichen Gemeinschaften lebt. Der Kontakt zum evangelischen Pastor von Beit Jala entwickelte sich zu einer, wie er gern erzählt, „dauerhaften und fruchtbaren Verbindung“. So habe er die „Liebe für dieses Land auch mitgenommen“, als er in die Politik ging und 2006 Oberbürgermeister wurde. Als Schröter erfuhr, dass Jenas französische Partnerstadt Aubervilliers bereits mit Beit Jala kooperiert, fasste auch er den Entschluss, eine Partnerschaft in Palästina aufzubauen.

Aus der jahrelangen Erfahrung heraus zieht Schröter den Schluss, dass sich eine kommunale Partnerschaft ähnlich wie in der Liebe über drei Stufen entwickeln müsse: „Man lernt sich kennen, unternimmt dann etwas zusammen und sagt sich schließlich verbindlich zu, eine Beziehung zu führen.“ So folgten zunächst Kontakte auf Bürgerebene, teils auch im Teamwork mit Aubervilliers. Ende 2008 „verlobte“ man sich gewissermaßen, traf sich dann 2010 zu einem ersten Kultur- und Friedensfest in Beit Jala und besiegelte im September 2011 mit einem Festakt in Palästina den Vertrag.

Zuvor hatten die Thüringer bereits bemerkt, dass palästinensische Städte ein großes Interesse an Partnerschaften mit deutschen Städten haben. Die Menschen wünschten sich, dass jemand komme und genau hinsehe, sich nicht von Propaganda leiten lasse, erklärt Schröter. Dabei gehe es nicht um Geld, sondern um fachliche Beratung, beispielsweise zu kommunalen Services, Tourismus, Kultur und sozialem Miteinander. „Sie wollen einfach die Isolation durchbrechen“, sagt Schröter.

Dass das gelungen ist, belegen ein reger Besucheraustausch und gemeinsame Projekte zwischen Jena und Beit Jala. So wuchsen Beziehungen zu einem Rehabilitationsnetzwerk und zu einer Frauenkooperative in Beit Jala, die mit ihren Arbeiten bereits den Jenaer Weihnachtsmarkt bereicherte. Es gibt Treffen zwischen Theatergruppen und Zirkusprojekten in Jena und Beit Jala genau wie Kirchgemeinden die kooperieren. Das Fanprojekt Jena unterstützt den Fußball in



Fußballer vom Fanprojekt Jena bei Partnern in Beit Jala
(Foto: Fanprojekt Jena)

Palästina und Schulen haben Austauschprogramme entwickelt. In Thüringen wurden darüber hinaus Workshops für junge Palästinenser zu den Themen Umgang mit Gewalt und zur Gleichbehandlung von Frau und Mann entwickelt.

Ziel sei es, so der Oberbürgermeister, der alle drei Jahre selbst in Beit Jala ist, dass sich viele Bürger begegnen und möglichst viele Vereine miteinander korrespondieren. Der Stadtrat habe zudem im kommunalen Haushalt einen Etat von 50.000 Euro für Entwicklungszusammenarbeit auf den Weg gebracht, der allen Jenaer Städtepartnerschaften offen steht u.a. auch der Partnerschaft zu San Marcos in Nicaragua. Aus diesem Topf unterstützte man in Beit Jala den Bau einer Bibliothek und eines Fußballplatzes sowie den Ausbau eines Klassenraumes in einem früheren Kloster.

Zusammen mit den Städten Bergisch Gladbach, Xanten und Köln setzt die Stadt Jena zudem mit entsprechenden kommunalen Partnern aus Palästina in 2016 und 2017 ein weiteres Projekt – aus Mitteln des SKEW-Projekts NAKOPA – um. Das Ziel ist u.a. die Schaffung eines Büros zur gemeinsamen Koordination und Vermarktung des Tourismus in der weitgehend vom Fremdenverkehr unerschlossenen Gegend um Bethlehem. Die Kräfte vor Ort werden gebündelt und ein tragfähiges Marketingkonzept entwickelt, so dass auch ein größerer Teil der Wertschöpfung in der Region verbleibt. Tourismus fungiert hier nicht nur als ein Antrieb für Frieden und die gegenseitige Begegnung, sondern auch als ein Mittel zur Förderung eines inklusiven und nachhaltigen Wirtschaftswachstums.

INTERNETADRESSE

www.jena.de
skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html



Für eine weltweite nachhaltige Entwicklung braucht es globale Partnerschaften. Sie sollen dabei helfen, finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, den internationalen Wissensaustausch zu stärken, den Welthandel gerechter zu gestalten oder die Überschuldung armer Länder zu verringern. Multi-Akteurs-Partnerschaften sollen ausgebaut werden, um das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele in allen Staaten zu unterstützen.

NACHHALTIGKEIT KENNT KEINE GRENZEN

→ UM WAS GEHT ES?

Das sächsische Leipzig und die Stadt Travnik in Bosnien-Herzegowina kooperieren bereits seit 1997, zunächst auf freundschaftlicher Ebene. Ideengeber ist ein lebendiger bilateraler Bürgerverein. 2003 mündete der Austausch in einer offiziellen Städtepartnerschaft.

→ WAS WURDE GEMACHT?

Im Mittelpunkt steht der Austausch zwischen Menschen, um Arbeits-, Lebens- und Denkweise, um Stärken und Schwächen der jeweils anderen kennenzulernen. Leipziger Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen unterstützen die Balkanstadt bei der Bewältigung der Kriegsfolgen und beim Aufbau nachhaltiger Strukturen. Ein Zeichen der Freundschaft: In Leipzig gibt es eine „Travniker Straße“, in Travnik einen „Leipziger Platz“.

→ WIE WURDE ES UMGESETZT?

Die Vereinsmitglieder engagieren sich gezielt in Demokratie-, Umwelt-, Sport-, Kultur- und Wirtschaftsprojekten sowie auch in privaten Freundschaften. Seit 1998 finden jährlich Bürgerreisen statt, um die Kontakte an der Basis zu stärken. 2016 wurde mit Spendengeldern aus Leipzig eine neue Orgel im Kloster Guca Gora geweiht.

→ WIE GEHT ES WEITER?

Im Januar 2017 hoben beide Städte ihre 20-jährige Kooperation auf ein neues Level, indem sie im Rahmen eines SKEW-Pilotprojekts eine „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaft“ und somit einen Dialogprozess und eine langfristige und systematische Zusammenarbeit im Bereich der Agenda 2030 und der 17 SDGs vereinbarten.



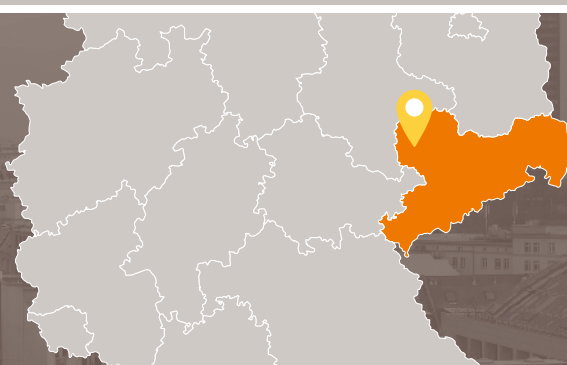
Leipzig → Sachsen



Einwohnerzahl:
575.000



Oberbürgermeister:
Burkhard Jung



VON DER HUMANITÄREN HILFE ZUR NACHHALTIGEN KOOPERATION

Der bis 1995 dauernde Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien hat Spuren hinterlassen, auch im zentral-bosnischen Travnik. Als im Jahr 1997 der Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Leipzig-Travnik e.V. gegründet wurde, ging es deshalb vorrangig darum, Netzwerke zu knüpfen und humanitäre Hilfe zu leisten.

Zu den ersten erfolgreichen Projekten gehörte die Installation einer Heizung für eine Travniker Kindertagesstätte. Auch eine Folge des Krieges war die Zerstörung der Orgel im Franziskanerkloster Guca Gora. Die Gäste aus Sachsen beeindruckte der Mut, mit dem die Mönche im Krieg Angehörigen aller Ethnien Zuflucht gewährt hatten. Sie organisierten deshalb vier Konzerte mit bosnischen Klängen in Leipzig und warben damit die nötigen 7000 Euro für eine neue Orgel ein.

Inzwischen widmet sich die Arbeit des Vereins verstärkt der Jugend- und Wirtschaftsförderung. In enger Zusammenarbeit mit Leipzigs Rathaus wurden viele Projekte realisiert, die vor allem dem „konsequenten Ziel dienen, eine Städtepartnerschaft von unten wachsen zu lassen“, so der langjährige Vereinsvorstand und Landtagsabgeordnete Michael Weichert. Eine solche Kooperation lasse sich nur nachhaltig verstetigen, wenn ambitionierte Bürgerinnen und Bürger als Ideengeber agieren.

Der Verein hat derzeit 120 Mitglieder in Leipzig und 33 in Travnik, die sich für den Austausch zwischen Institutionen, Organisationen und Privatpersonen beider Städte einbringen. Es gibt eine Reihe gemeinsamer Projekte, Schüler- und Praktikantenaustausche, Unternehmerreisen und vieles mehr. Sächsische Mittelständler bringen sich mit Aktionen wie „Mit Wasserzählern zu mehr Nachhaltigkeit“ ein. 2009 wurde dieses Engagement vom EU-Parlament mit dem Europäischen Bürgerpreis ausgezeichnet. „Diese Partnerschaft funktioniert, weil beide Seiten davon profitieren – und vielleicht gerade deshalb gut, weil Travnik so ‚klein‘ und Leipzig so ‚groß‘ ist“, denkt Weichert.

2016 haben sich die beiden Kommunen dazu entschieden, am SKEW-Pilotprojekt „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“ teilzunehmen. Sie unterstützen sich gegenseitig bei der



Unterzeichnung Nachhaltigkeitspartnerschaft Leipzig-Travnik
(Foto: Barbara Frommann)

Integration der Themen der Agenda 2030 in bestehende Stadtentwicklungskonzepte und -strategien. Dazu finden regelmäßig Fachaustausche und gemeinsame Workshops statt. Auch dafür ist die Unterschiedlichkeit der beiden Kommunen ein Vorteil. Dr. Gabriele Goldfuß, die das Referat Internationale Zusammenarbeit der Stadt Leipzig leitet, nennt ein Beispiel: Urban agriculture werde in Leipzig gegenwärtig vielfältig entwickelt, in Travnik gehöre die Landwirtschaft zum Alltag der Menschen. Das ostdeutsche Leipzig wiederum teile seine Erfahrungen im Aufbau- und Wandlungsprozess hin zu mehr Nachhaltigkeit nach 1989: Beim Aufbau einer neuen tragfähigen Wirtschaft müsse das Thema Nachhaltigkeit so früh wie möglich eine Rolle spielen, erklärt Goldfuß. Dabei gelte es, Bevölkerung und Stadträte von Anfang an mitzunehmen. Der Austausch zur strategischen Kommunalentwicklung zwischen Leipzig und Travnik berücksichtige dies. Am Ende profitieren beide Seiten: „Indem man lehrt, lernt man immer am meisten“, sagt Goldfuß und betont, dass man sich beim Thema Nachhaltigkeit europaweit abstimmen müsse.

INTERNETADRESSEN

www.leipzig.de
skew.engagement-global.de/kommunale-nachhaltigkeitspartnerschaften

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Tulpenfeld 7 · 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 · 53047 Bonn

Telefon: +49 228 20 717-0
Fax: +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

17 ZIELE FÜR EINE GLOBAL NACHHALTIGE KOMMUNE

AGENDA 2030 FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Am 25. September 2015 haben die 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (UN) die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verabschiedet. Sie umfasst neben einer Präambel vier Teile:

- (I) die Deklaration der Staats- und Regierungschefs
- (II) die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung, die sogenannten Sustainable Development Goals, die 17 Ziele und 169 Unterziele umfassen,
- (III) die Bekräftigung der globalen Partnerschaft mit dem Ziel der Mobilisierung und Bereitstellung entsprechender Mittel für die effiziente und effektive Umsetzung der Ziele und
- (IV) das Rahmenwerk für Monitoring, Berichterstattung und Überprüfung der Umsetzung der Agenda.

Das Kernstück der Agenda 2030 sind die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung. Diese weisen direkte und indirekte Verknüpfungen zur kommunalen Verwaltungsebene auf. Weltweit nehmen daher Städte, Gemeinden und Kreise als bürger-nächste Ebene eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 ein. Welche Maßnahmen zu bestimmten Zielen einen Beitrag leisten, wird mit der vorliegenden Sammlung verdeutlicht. Sie besteht aus Praxisbeispielen, die für jedes der 17 Ziele entsprechende Aktivitäten auf kommunaler Ebene aufzeigt. Die Vielfalt der Agenda 2030 ist hoch und somit deckt die vorliegende Sammlung noch lange nicht die Fülle an Möglichkeiten ab.

Haben Sie ein gutes Beispiel zur Umsetzung der 17 Ziele aus Ihrer eigenen Kommune? Dann sprechen Sie uns an.

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung